



**DAS**  
**BULLETIN**

des  
alternativen  
Zug

Nummer 4/04 Dezember 2004



- |    |  |    |   |
|----|--|----|---|
| 3  | <b>Editorial</b><br>Wohin geht die Reise?                        | 14 | <b>Nationalrat</b><br>Den Vogel abgeschossen  |
| 4  | <b>Zuger Finanzpolitik und die NFA</b><br>Wer soll das bezahlen? | 17 | <b>Menzingen</b><br>Die Insel auf dem Berg  |
| 6  | <b>Bilaterale II</b><br>Weiter im Text                           | 18 | <b>Interpellation Mobilfunk</b><br>Auch Baar im Antennenwahn  |
| 8  | <b>Bilaterale II</b><br>Nachgebessert                            | 20 | <b>Islam</b><br>Es ist Zeit, umzudenken   |
| 9  | <b>Regierungsrat</b><br>Aufgewählt                               | 24 | <b>Serviceteil</b><br>Alternative bewegt<br>Kino<br>Buch<br>Frontal<br>Kolumne Giacobbo<br>Veranstaltungen<br>Adressen Alternative<br>Impressum |
| 10 | <b>Erdöl</b><br>The Party's over                                 |    |   |
| 13 | <b>«Neuer» Postplatz Zug</b><br>Prädikat: «untauglich!»          |    |   |

### «Entschuldigung!»

Dem Bulletin Nr. 3/2004 wurde irrtümlicherweise ein Einzahlungsschein beigelegt. Der Vorstand des Vereins Das BULLETIN möchte sich dafür entschuldigen.

Mit der Übernahme der Bulletin-Aboverwaltung und -Buchhaltung wurde vor drei Jahren das System mit Abo-Rechnung und Abo-Mahnung eingeführt. Seither wurden keine losen Einzahlungsscheine mehr mit einzelnen Bulletin-Nummern verschickt. Für unsere Abonnentinnen und Abonnenten entfiel somit das Werweissen, ob der Abobeitrag nun schon bezahlt sei oder nicht. Eben bis zur letzten gelieferten Nummer...

Für die vielen Einzahlungen zugunsten des nächsten Jahres möchten wir uns herzlich bedanken. Wir haben uns bemüht, diese Beiträge alle richtig zu verbuchen.

Vorstand des Vereins Das BULLETIN

# Wohin geht die Reise?



Philipp Bischof, BULLETIN-Redaktor.

*Gehabe gewisser Männer im Bundesrat wirbelt mehr Staub auf als notwendig, gilt es doch, endlich wichtige Dossiers anzupacken und Antworten auf dringende umwelt-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen zu geben. Die im Dezember 2003 vollzogene Einbindung einer bestimmten politischen Kraft entpuppte sich also bereits letztes Jahr zum Eigentor, bevor die Partie überhaupt angepiffen wurde. Ist ja auch keine Überraschung, denn sie wollte ja 1999 nicht in den Bundesrat, sondern nach Philipi.*

*Ein weiteres Jahr ist um. 2004 ist definitiv Geschichte. Ein Jahr, welches uns politisch in vieler Hinsicht in Erinnerung bleiben wird. Die Avanti- und Verwahrungsinitiative, das Steuerpaket, die 11. AHV-Revision, die erleichterte Einbürgerung der zweiten und dritten Generation sowie die Neugestaltung des Finanzausgleichs sind Beispiele dafür, dass Politik auf nationaler Ebene immer noch zu spannenden Diskussionen Anlass gibt. Wieder ansteigende Stimmbeteiligungen sind auf jeden Fall ein Indiz dafür, dass sich Stimmbürgerinnen und Stimmbürger immer noch für politische Themen interessieren lassen – trotz medial gepredigter Politikverdrossenheit.*

*Leider gab die politische Stilfrage auch 2004 wieder einmal mehr Anlass zum Kopfschütteln. Ein Tiefpunkt waren mit Bestimmtheit die im Muslimen-Inserat des «Komitee gegen Masseneinbürgerungen» gegen jegliche statistische Grundregeln verstossenden Diagramme eines SVP-Nationalrats. Auch das ermüdende Hickhack und*

*Wie geht es aber im neuen Jahr weiter? Auch 2005 stehen uns wieder vier spannende Abstimmungssonntage bevor. Nach dem von der SVP und AUNS angekündigten fakultativen Referendum gegen Schengen/Dublin kommen Teilabkommen der für die Schweiz zukunftsweisenden Bilateralen II vor das Stimmvolk. Wir können also gespannt sein, welche Argumente am Schluss den entscheidenden Ausschlag für oder gegen Schengen/Dublin geben werden. Welche Rolle einzelne Mitglieder der Bundesregierung dabei spielen, wird mit Bestimmtheit zum heissen Thema. Seien wir jedoch nachsichtig, denn manch einer im Bundesrat braucht eben etwas länger, um sich in einem neuen Umfeld zu recht zu finden und gewisse Spielregeln einzuhalten. Der Betroffene selbst hat ja dafür nach eigenen Angaben bis 2026 Zeit.*

*Wegweisend wird aber nicht nur sein, welche Position die Schweiz künftig in ihrer Europapolitik einnehmen wird, sondern wie sie den Um-*

*gang mit Einwanderungswilligen und Flüchtlingen gestaltet. Der von rechts erhoffte «Radikalkurs» wird nicht durchsetzbar sein, denn auch der Vorsteher des EJPD muss sich an internationales Völkerrecht halten. Ein gewisses Mass an Menschlichkeit wird hoffentlich trotz verschärften Massnahmen auch in Zukunft im Asylwesen gewahrt. Vereinfachte, schwarzweisse Lösungen der vorerst noch stärksten Schweizer Partei sind auf jeden Fall kein Rezept, um die Reformen im Asylwesen konstruktiv voranzutreiben. Nachdenklich und traurig stimmt der Fall in Unterägeri von anfangs Dezember, wo ein Mann aus dem westafrikanischen Guinea-Conakry aus dem Fenster einer Asylunterkunft gestürzt war. Seit dem vom EJPD eingeführten Fürsorgestopp im Asylwesen wird gegen jene, auf deren Asylgesuch gar nicht erst eingetreten wird oder die abgelehnt wurden, eine fragwürdige Politik der harten Hand durchgezogen. Der einzige Trost ist, dass sich diese Politik je länger je mehr selbst «entzaubert».*

*Auch auf regionaler Ebene stehen weitere Themen an, sei es in der Verkehrs-, Sozial- oder Steuerpolitik des Kantons Zug. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden also auch 2005 Gelegenheit haben, sich zu wichtigen Themen zu äussern und damit die Zukunft unserer Region zu gestalten. Nutzen wir also die Gelegenheit. Oder wie Paul Henri Spaak, ehemaliger Generalsekretär des NATO-Rates und belgischer Staatsmann, einmal sagte: «Für verlorene Gelegenheiten in der Politik gibt es kein Fundbüro!»<sup>11</sup>*

# Wer soll das bezahlen?

**Die NFA kommt. Für Zug stellen sich zwei Fragen: Wer bezahlt die NFA-Rechnung von über 120 Millionen? Und kommt es bei der Kantonalisierung im Behindertenbereich zu Leistungsabbau?**

**Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative (SGA) und Mitglied erweiterte Staatswirtschaftskommission**

Mit dem NFA-Ja steht die Zuger Regierung zudem in der Verantwortung, dass es bei Sonderschulen, Behindertenheimen, Spitex-Diensten oder bei heilpädagogischen Massnahmen für Kinder zu keinem Leistungsabbau kommt. Die Alternative Fraktion im Kantonsrat hat bereits eine Interpellation eingereicht, welche die Regierung fragt, wie sie die IV-Kantonalisierung zu bewältigen gedenkt. Diese Entwicklung ist genau zu beobachten.

## **Solidarisches Ja zum NFA**

Zugs Alternative sagten Ja zum NFA, weil es nicht angeht, dass Zug seit Jahrzehnten mit Steuerdumping anderen Ländern und Kantonen Steuersubstrat entzieht. Nun sagte die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer Ende November Ja zur NFA und Zug muss ab 2008 zugunsten strukturell schwächerer Kantone eine Ausgleichszahlung leisten. Den Alternativen ist es gelungen, das eigene Umfeld zu einem solidarischen Ja zugunsten anderer Kantone zu bewegen.

Zu den 17 Prozent Ja-Stimmen sind 10 bis 15 Prozent soziale Nein-Stimmen aufgrund befürchteter Schlechterstellungen im Behindertenbereich hinzuzurechnen (womit wir beim durchschnittlichen kantonalen linken Wähleranteil angekommen wären). Bei rund 70 Prozent der Bevölkerung hat die Angstkampagne von Regierung, Bürger-

lichen und Wirtschaftsverbänden verfangen. Die Zuger Regierung sollte nun dieser Angst vieler, durch die NFA finanzielle Einbussen zu erleiden, gerecht werden. Sie muss dafür sorgen, dass die NFA-Mehrbelastung – durch Steuererhöhungen oder Leistungsabbau im Service public – für die grosse Mehrheit der Wenig- bis Normalverdienenden gering bleibt.

## **Die Obergrenze: Ein bürgerliches Ablenkungsmanöver**

Nun hat die CVP – unter Applaus von SVP und FDP – eine Standesinitiative lanciert, welche in Bern dafür sorgen soll, dass es eine fixe maximale Obergrenze für die Zahlerkantone gibt. Damit lenken die Bürgerlichen von der wahren Frage ab, und die lautet: Wer bezahlt in Zug die NFA-Mehrbelastung?

Leider zielt nicht nur die Standesinitiative in die falsche Richtung. Auch der aktuelle Finanzplan der Zuger Regierung zeigt keinen Weg auf, wie die NFA zu bewältigen ist. Er besagt, dass 2008 das Eigenkapital aufgebraucht und ein Budgetdefizit von rund 77 Millionen in Aussicht steht. Dieser Finanzplan ist nur ein halber Plan. Zwar sind Aufwendungen und Sparmassnahmen berücksichtigt, aber mögliche Mehreinnahmen auf der Steuerertragsseite nicht. Doch selbst die Regierung weiss, dass es im Hinblick auf die NFA in irgendeiner Form Steuererhöhungen geben muss, stellt sie doch in ihrer Stellungnahme zum Gutachten Kirchgässner und Hauser richtigerweise fest, dass «der Kanton Zug ein schlanker Staat mit beschränktem Sparpotential ist».

Die sture Haltung, bis 2008 keine Steuern zu erhöhen, ja bislang nicht mal ernsthaft zu diskutieren, wer denn die höheren Steuern bezahlen soll, ist Vogel-Strauss-Politik. Eventuell fürchten sich Bürgerliche vor dem Eingeständnis, dass die Steuergesetz - Revision 2001



**Kaffeetrinken in Zug ist teurer als anderswo in der Schweiz, sondern auch für hohe Lebenskosten. Da fehlt den Norm**

mit ihren masslosen Steuersenkungen falsch war und somit die wirkliche Ursache für unsere NFA-Probleme ist? Denn eigentlich müsste Zug vorausschauende Finanzpolitik betreiben und schon seit Jahren Geld auf die Seite legen, damit wir dann im 2008 nicht mit leeren Hosentaschen dastehen und nicht wie im 2003 ein Defizit einfahren.

## **Bevölkerungsmehrheit nicht belasten**

Einer der obersten Staatszwecke ist ja der soziale Ausgleich. Das gelingt nur mit politischen Visionen und nicht mit kleinkrämerischer und kurzsichtiger Buchhaltermentalität. Und daher muss



**iz. Die tiefen Steuern sorgen nicht nur für hohe Miet-  
malverdienenden bald nicht nur das Geld fürs «Kafi».**

die Regierung durch eine intelligente Finanzplanung und -strategie dafür sorgen, dass nicht der Mittelstand und die Wenigverdienenden die NFA-Hauptlast tragen. Die wahre wirtschaftliche Wertschöpfung produzieren die Arbeitnehmenden – haben sie keine Jobs mehr oder werden sie zu stark belastet, dann kommt es zur Wirtschaftskrise, weil schlicht die Konsumenten fehlen. Sie sollen nicht durch Leistungsabbau beim Service public und durch massive Steuererhöhungen doppelt bestraft werden. Ja sogar drei- und vierfach bestraft. Denn die Zuger Tiefststeuerpolitik verteuert durch den ununterbrochenen Zugang von Holdings, gemischten Gesell-

schaften und Domizilfirmen im Verhältnis zu dem, was sie dem Fiskus bringt, übermässig die Wohn- und Lebenskosten und erschwert der produzierenden Wirtschaft das Überleben. Dass tiefe Steuern kein Garant für Industriearbeitsplätze sind, zeigt die geplante Massenentlassung bei der Esec. Ein typisches Beispiel für die neoliberale Globalisierung: Steuern im steuergünstigen Zug, Produzieren in asiatischen Billiglohnländern.

### Reiche Profiteure sollen zahlen

Bezahlen sollen diejenigen, die von der Zuger Tiefststeuerpolitik profitieren. Darum schlagen die Alternativen mit ihrer Steuermotion vor, dass hauptsächlich privilegierte Firmen und äusserst Vermögende die NFA durch moderate Steuererhöhungen tragen. Das ist gerecht. Denn Zugs Tiefststeuerpolitik zieht jedes Jahr 700 bis 800 neue Firmen an. Und im Kanton Zug gibt es Tausende von Firmen, die dem Kanton weniger als 1000 Franken Steuern pro Jahr bezahlen. Aber mit jeder neuen Firma und auch mit jeder neuen sehr vermögenden Person steigt das Zuger Ressourcenpotenzial. Und so steigt auch die NFA-Belastung. Denn das Ressourcenpotenzial (nicht etwas die Höhe der Steuereinnahmen) ist die Berechnungsgrundlage des NFA.

Trotz dieser Steuererhöhungen hätte Zug schweizweit noch immer die weitest geringste Steuerbelastung und wäre auch international wettbewerbsfähig. Fakt ist, dass die Schweiz laut dem eidgenössischen Finanzdepartement sowohl bezüglich Fiskal- wie auch Staatsquote einiges unter dem OECD- und weit unter dem EU-Schnitt liegt. Und Zug liegt ja bekanntlich noch einiges unter dem Schweizer Schnitt.

Es gibt nun sogar einige Unentwegte von FDP und SVP, die noch tiefere Steuersätze verlangen. Da fehlt offenbar die

Einsicht, wie das NFA-Prinzip funktioniert. Denn mit noch mehr Firmen würde die NFA-Rechnung noch teurer, ohne dass die Steuereinnahmen entsprechend wachsen. Mit der Einführung einer fixen Obergrenze schützen die Initianten also nicht die Bevölkerungsmehrheit, sondern die bisherigen Profiteure – privilegierte Firmen und Personen.

### Systemwidrige Initiative

Die Standesinitiative will die Beziehung von Ressourcenpotential und NFA-Rechnung ab einem gewissen Niveau kappen werden. Doch das ist – gemäss eidgenössischer Steuerverwaltung – NFA-systemwidrig und wäre de facto das Ende der NFA. Und es ist auch nicht notwendig. Denn die NFA heute ist ein ausgewogener Kompromiss zwischen dem Anspruch auf Disparitätenabbau durch die finanzschwachen Kantone und dem Schutz der Zahlerkantone vor zu grossen Belastungen. So muss das Verhältnis zwischen dem NFA-Beitrag der Zahlerkantone und dem NFA-Beitrag des Bundes zwischen 2/3 und 4/5 liegen. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse des Bundes kann dies als faktische Obergrenze betrachtet werden. Das Obergrenzenproblem wurde damals im Bundesparlament ausgiebig beraten. Und die jetzt vorliegende Lösung überzeugte auch alle fünf bürgerlichen Zuger Bundesparlamentarier derart, dass vier Ja sagten und einer sich der Stimme enthielt.

Kommt hinzu, dass Zug mit dieser Standesinitiative einen deutlichen demokratischen Entscheid umstossen will und sich so in der ganzen Schweiz als schlechter Verlierer zeigt. Der erneute Image-Schaden ist vorprogrammiert. Darum: kehren wir erst vor der eigenen Haustüre (Steuererhöhungen für Privilegierte), bevor wir schon wieder die NFA als Ganzes durch die Obergrenzen-Initiative in Frage stellen. »

# Weiter im Text

**Die bilateralen Verhandlungen II zwischen der Schweiz und der EU münden in neun Verhandlungsergebnisse, welche die finanziellen Interessen (Finanzplatz, Tourismus und Nahrungsmittelindustrie) sowie zentrale politische Bereiche (Sicherheit, Asylwesen, Umwelt, Kultur, Bildung und Statistik) abdecken. Nach dem von der SVP und AUNS angekündigten fakultativen Referendum gegen Schengen/Dublin wird das Schweizer Stimmvolk das letzte Wort über Teilabkommen der Bilateralen II haben.**

**Philipp Bischof, BULLETIN-Redaktor  
Bild istockphoto.com**

Nach Abschluss der Bilateralen I bestand einerseits die Notwendigkeit, konkret anstehende Interessen und Probleme in der Beziehung zwischen der Schweiz und der EU durch bilaterale, sektorspezifische Verhandlungen und Abkommen in pragmatischer Weise zu regeln, andererseits das 1999 abgeschlossene Vertragswerk auszubauen und zu systematisieren, wo dies im gegenseitigen Interesse ist. Mit anderen Worten: die Bilateralen II sind die Fortsetzung des nach dem EWR-Nein 1992 eingeschlagenen bilateralen Wegs.

## Neun Bereiche unter Dach und Fach

Nach langen Verhandlungen konnte am 19. Mai 2004 anlässlich eines Gipfeltreffens Schweiz-EU in Brüssel eine politische Einigung auch in den letzten heiklen Fragen bezüglich Betrugsbekämpfung und Schengen/Dublin gefunden werden, womit die Gespräche über die neun Teilbereiche (Sicherheit, Asylwesen, Umwelt, Kultur, Bildung, Statistik, Finanzplatz, Tourismus und



**Mit Schengen verschwinden die Grenzzäune innerhalb des Schengen-Raums**

Nahrungsmittelindustrie) zu einem zufriedenstellenden Ende kamen. Die in der parlamentarischen Wintersession gut geheissene Einigung hält der Bundesrat und das Parlament für ausgewogen, da zentrale Forderungen der Schweiz zu Beginn der Verhandlungen (Abschluss in allen Dossiers inklusive Schengen/Dublin sowie Schutz des Bankgeheimnisses) erfüllt sind. Als Gegenleistung kooperiert die Schweiz bei der grenzüberschreitenden Zinsbesteuerung durch die Erhebung eines Steuerrückbehalts auf Zinserträgen von EU-Bürgern (Zinsbesteuerung). Auch dehnt sie ihre Zusammenarbeit auf alle schweren Delikte im indirekten Steuerbereich (Schmuggel, Zolldelikte, Mehrwertsteuerdelikte) zur Betrugsbekämpfung aus.

## Was bringen die Bilateralen II?

Wirtschaftlich profitieren bei den Bilateralen II unter anderem die Nahrungsmittelindustrie sowie der Tourismus. Touristen aus Wachstumsmärkten wie China, Indien oder Russland brauchen für die Schweiz zukünftig kein Zweitvisum mehr. Damit wird ein gewichtiger Wettbewerbsnachteil des Tourismuslandes Schweiz gegenüber der europäischen Konkurrenz beseitigt. Die Schweizer Nahrungsmittelindustrie profitiert beispielsweise von verbesserten Export- und Wettbewerbschancen dank Zollabbau. Zudem werden europaweit tätige Schweizer Holdings steuerlich entlastet (Zinsbesteuerung). Neben den wirtschaftlichen Vorteilen profitiert die Schweiz auch in den Bereichen Umwelt

(Teilnahme an der Umweltagentur), Kultur (Teilnahme an Media-Programmen zur Filmförderung) und Statistik (Austausch von statistischen Daten).

### Schengen/Dublin

Politische Differenzen bestehen vor allem bei Schengen/Dublin, worin die rechtsbürgerliche SVP und AUNS die Aufhebung der Personenkontrollen an der Schweizer Grenze eine Gefahr sehen. Tatsächlich ist das Hauptziel von Schengen, systematische Grenzkontrollen der einzelnen Länder aufzuheben, um den flüssigen, grenzüberschreitenden Reiseverkehr innerhalb des Schengen-Raums zu fördern und zu garantieren, während gleichzeitig die Kontrollen der Schengen-Aussengrenzen verstärkt werden. Schweizerische Personenkontrollen an der Grenze werden jedoch schon heute nicht systematisch betrieben, da von den täglich 700'000 Grenzübertritten in der Schweiz nur rund 3 Prozent eingehend kontrolliert werden. Es werden aber weiterhin Grenzwächter an der Schweizer Grenze stehen, da die Schweiz nicht Mitglied der EU-Zollunion ist und Warenkontrollen durchgeführt werden müssen. Schengen intensiviert zudem die grenzübergreifende Polizei- und Justizzusammenarbeit und bietet mit dem computergestützten Fahndungssystem SIS ein effizientes Instrument zur Bekämpfung grenzüberschreitender Verbrechen.

Gegner von Schengen/Dublin bezeichnen das Dubliner Übereinkommen als «Schreibtisch-Abkommen», welches die Anzahl Asylgesuche nicht zu vermindern mag. Primär geht es aber nicht um die Verminderung von Asylzahlen, sondern um Abbau von Ineffizienzen, welche durch Mehrfachgesuche entstehen. Ohne Beitritt zu Dublin müsste in der Schweiz mit einseitigen Abschreckungsmassnahmen gerechnet werden, um Zweitgesuche von in

der EU abgelehnten Asylsuchenden «abzuwehren». Wie solche Abschreckungsmassnahmen aussehen könnten, kann man sich mit einem SVP-Vorsteher des EJPD sicherlich vorstellen.

### Was kosten die Bilateralen II?

Alles in allem dürften durch die Bilateralen II keine Mehrbelastung für den Bundeshaushalt entstehen. Die Kosten in der Höhe von rund 80 Millionen Franken entstehen durch Einbussen von Zolleinnahmen bei den verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten sowie Beiträge an die MEDIA-Programme und an die europäische Umweltagentur. Aufwendungen durch das Inkrafttreten des Statistik-Abkommens und Schengen/Dublin sind darin enthalten. Umgekehrt dürfte die Schweiz dank einer Teilnahme an der Dubliner Asylzusammenarbeit Minderausgaben im Asylbereich in der gleichen Grössenordnung von jährlich rund 80 Millionen Franken haben.

### Harter Abstimmungskampf erwartet

Dank einem Sozialpartnerkompromiss ist es dem Nationalrat in der Wintersession gelungen, griffige Instrumente gegen Lohndumping und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu schaffen. Schlechtere Bedingungen für Arbeitnehmer wurden vor allem von den Gewerkschaften im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen über die Bilateralen II befürchtet. Diese Bedenken sind jetzt vom Tisch. SVP und AUNS hingegen blasen zum Angriff und haben im Dezember das längst beschlossene Referendum gegen das Schengen-Abkommen lanciert. Rein technisch wäre also eine Referendumsabstimmung bereits am 5. Juni 2005 möglich. Auch die Argumente, welche die SVP im Abstimmungskampf ins Feld führen wird, sind keine Überraschung: «Via Schen-

gen in die EU». Das die Bilateralen II aber eine logische Fortsetzung des selbst von der SVP nach dem EWR-Nein 1992 vorgeschlagenen bilateralen Weges sind, muss deshalb von den übrigen Regierungsparteien überzeugend kommuniziert werden, um Ängste beim Stimmvolk abzubauen. Besonders spannend wird dabei die Rolle von Bundesrat Blocher sein. Wie er selber behauptet, wird er den Vertrag «pflichtgemäss» vertreten. Wie das im Detail aussieht, wird sich bald zeigen. Der bevorstehende Referendumskampf sollte jedoch von den Befürwortenden entgegen der SVP-Polemik zur sachlichen Information genutzt werden, denn blosser Angstmacherei trägt nichts zur Festigung der Stellung der Schweiz im Austausch mit den ihr verbundenen EU-Staaten bei.

### Positives Echo

Mit Ausnahme der SVP haben die Parteien auf die Bilateralen II aber insgesamt positiv reagiert. Die restlichen Bundesratsparteien, die Wirtschaftsverbände, Vertreter des Gewerbes, der Tourismusbranche und die Gewerkschaften haben sich hinter die Verträge mit der EU gestellt. Auch die Schützenverbände, die Änderungen bei der Waffengesetzgebung zunächst aufgeschreckt hatten, zeigen sich inzwischen befriedigt. Gute Beziehungen zur EU und ein möglichst hindernisfreier Zugang zum Europäischen Wirtschaftsraum sind für die Schweiz äusserst wichtig, denn über 60 Prozent unserer Exporte gehen in die EU, und über 80 Prozent der Importe stammen aus ihr. Als Handelspartnerin ist die Schweiz auch für die EU-Länder kein Kleinstaat. Die zentrale Lage der Schweiz und der enge Austausch erfordern dabei nicht nur für den Handelsverkehr, sondern auch im Bereich der inneren Sicherheit eine wirksame Kooperation. n

# Nachgebessert

Der National - und Ständerat hat in der Dezember - Session die geforderten flankierenden Massnahmen angenommen. Das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit wird von den Gewerkschaften nicht ergriffen.

**Bruno Bollinger,**  
Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

Die vom eidgenössischen Parlament ratifizierten Bilateralen Verträge II bringen die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ländern in Mittel- und Osteuropa. Arbeitende aus diesen Ländern können ab 30. April 2011 ohne Bewilligung in der Schweiz arbeiten, umgekehrt können Schweizer in diesen Ländern werktätig sein.

## Flankierende Massnahmen nachbessern

Um Lohndumping und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verhindern, verlangen die Gewerkschaften griffigere flankierende Massnahmen. Seren Kern ist das Entsendegesetz, welches festhält, dass jene Arbeitsbedingungen gelten, die vor Ort, d.h. dort wo gearbeitet wird, in Kraft sind. Tripartite Kommissionen kontrollieren die Einhaltung und, wo Missbrauch festgestellt wird, können Gesamtarbeitsverträge (GAV) neu eingeführt (Normalarbeitsverträge mit zwingenden Minimallohnen) oder allgemeinverbindlich erklärt werden.

Seit dem 1. Juni 2004 besteht der freie Personenverkehr mit den «alten» EU-Staaten. Die Befürchtungen, dass Arbeitgeber dies ausnützen werden, um billige Arbeitskräfte aus dem Ausland einzusetzen, haben sich mehr als bestätigt. Die flankierenden Massnahmen erwiesen sich als zu wenig griffig. Darum war es für die Gewerkschaften klar,



**Erfolgreiche Grossdemo für griffige flankierende Massnahmen zu den Bilateralen II in Bern.**

dass sie einer Erweiterung der Personenfreizügigkeit nur dann zustimmen, wenn der Schutz der Arbeitsbedingungen nachgebessert wird.

## Druck der Gewerkschaften

Auf Verlangen der Gewerkschaften hat das seco Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammengerufen, die ein «Sozialpartnerpaket» von zusätzlichen flankierenden Massnahmen vorbereiteten, das nun vom Parlament angenommen wurde. Nachbesserungen finden auf verschiedenen Ebenen statt: Die so genannten Scheinselbstständigen müssen den Kontrollorganen ihr Erwerbsstatut nachweisen. Ausländische Temporärfirmen müssen nicht nur die üblichen Arbeitsbedingungen einhalten, sondern auch die Beiträge an Frührentenmodellen und an die Weiterbildungs- und Vollzugskosten bezahlen. Die Allgemeinverbindlichkeits - Erklärung von GAV wird nochmals erleichtert.

Entscheidend ist aber, dass die Kontrollen und die Sanktionen verstärkt werden: Die Tripartiten Kommissionen dürfen nicht erst beim Vorliegen einer Klage aktiv werden. Behörden und Arbeitgeber müssen zeigen, dass sie die flankierenden Massnahmen ernsthaft umsetzen. Davon wird abhängig sein, wie

stark die Gewerkschaften sich für ein Ja zur Personenfreizügigkeit engagieren.

## Ja zur Personenfreizügigkeit, aber nicht um jeden Preis!

Die Gewerkschaften sind für die Öffnung gegenüber Europa, die aber nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen darf. Die Rechtspopulisten müssen mit aller Deutlichkeit bekämpft werden, denn sie lehnen die Personenfreizügigkeit mit dem Schutz vor Lohndumping heuchlerisch ab und bekämpfen gleichzeitig die flankierenden Massnahmen. Schliesslich sind es der SVP angehörende oder ihr nahe stehende Arbeitgeber, welche viele GAV platzen lassen, um so hemmungslos Lohn - und Sozialdumping betreiben zu können.

In den bisherigen Abstimmungen haben die nicht ganz unbegründeten Ängste vieler Arbeitenden vor Lohn- und Sozialdumping den Ausschlag. Bei der Annahme der ersten Bilateralen Verträge spielten die von den Gewerkschaften durchgesetzten flankierenden Massnahmen eine entscheidende Rolle. Denn wenn die Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden soll, muss den Einheimischen gezeigt werden, dass ihre Ängste und Befürchtungen ernst genommen werden. n

# Aufgewühlt

**Der Todesfall in einer Asylbewerberunterkunft, die Auseinandersetzung um die Bundesanwaltschaft, die Zahl der Sitze in den wichtigen Kommissionen des Kantonsrates sowie die Bekämpfung der häuslichen Gewalt sind die Hauptthemen des Rückblickes von Hanspeter Uster.**

**Hanspeter Uster,  
Regierungsrat Alternative (SGA), Baar  
Bild istockphoto.com**

Persönlich aufgewühlt hat mich der Fenstersturz eines Asylsuchenden in einer Asylunterkunft in Unterägeri. Es handelte sich um einen Menschen mit einem Nichteintretensentscheid. Diese Menschen fallen – nach einer von uns Kantonen abgelehnten Gesetzesänderung, die der Bund aber dennoch verordnet hat – unter einen Fürsorgestopp. Diese vom Bund angeordnete Praxis treibt Asylsuchende, auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde, in die Illegalität und führt zu Stress. Polizei und Untersuchungsrichteramt führten und führen die Strafuntersuchung professionell und seriös durch und klären auch den schwerwiegenden Vorwurf ab, ob Dritteinwirkung Ursache des tragischen Todes war.

## **Diener eines Herrn?**

«Niemand kann zwei Herren dienen.» Besser als mit diesem Bibelwort hätte Bundesrat Blocher nicht formulieren können, wie er das Verhältnis zwischen ihm und der Bundesanwaltschaft versteht: Er selber ist der Herr, der Bundesanwalt sein Diener. In einem Artikel nahm ich zu diesem die Gewaltenteilung in Frage stellenden Verständnis des Verhältnisses zwischen Exekutive und Justiz Stellung und skizzierte zudem ei-

ne Hypothese, weshalb sich in den letzten Wochen der Druck auf die Bundesanwaltschaft verstärkt hat. Der ganze Artikel findet sich auf der Webseite [www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch).

## **Häusliche Gewalt**

Die Sicherheitsdirektion ist – neben einer Reihe von grossen Gesetzesvorlagen, die unsere Ressourcen in den letzten Monaten stark beanspruchten – an der Ausarbeitung der Umsetzung einer Motion, welche die Bekämpfung der häuslichen Gewalt verbessert. Wie in der Motionsbeantwortung ausgeführt, gibt es zwar bereits heute strafprozessuale Möglichkeiten und auch solche im Zivilrecht, um gegen Täter vorzugehen. Es kann aber Fallkonstellationen geben, in denen es nötig ist, dass auch die Polizei eine Person sofort aus der gemeinsamen Wohnung wegweisen kann. Es darf nicht sein, dass das Opfer – oft zusammen mit den ebenfalls stark betroffenen Kindern – die gemeinsame Wohnung verlassen muss, während der Täter (in seltenen Fällen auch die Täterin) dort bleiben kann.

## **Gerechte Sitzverteilung**

Vor zwei Jahren änderte der Kantonsrat den Berechnungsmodus für die Zuteilung der Kommissionssitze. Das hat zur Folge, dass nicht mehr alle Fraktionen, die in der Regierung vertreten sind, auch in der wichtigen Staatswirtschaftskommission (und auch in der Justizprüfungskommission) Einsitz nehmen. Betroffen ist davon die Alternative Fraktion. Je nach Sitzverteilung nach den nächsten Wahlen kann es aber auch eine andere Fraktion treffen. Der Regierungsrat griff dieses Anliegen auf und schlägt dem Kantonsrat vor, die Berechnung für die Verteilung der Kommissionssitze auf die Wählerstärke der Fraktionen bei den letzten Wahlen abzustützen. Die Staats-



**Bekämpfung der häuslichen Gewalt verbessern.**

wirtschaftskommission lehnt sowohl eine Erhöhung der Sitzzahl als auch einen neuen Berechnungsmodus ab. Der Kantonsrat wird voraussichtlich Ende Januar 2005 darüber entscheiden.

## **Dank für die gute Zusammenarbeit**

Ich danke der alternativen Fraktion und allen alternativen Parteien für die gute Zusammenarbeit. Ich fühle mich durch euch gut getragen! Auch die Verbindung nach Bundesbern ist mit Jo Langs Nationalratssitz intensiver geworden. In einigen Fragen konnten wir den unterschiedlichen Erfahrungshintergrund von Parlament und Exekutive miteinander verbinden. Herzlichen Dank allen, die mich unterstützen, nicht zuletzt auch durch kritische Rückmeldungen. Aber natürlich freuen mich auch positive Reaktionen und Anregungen, wo ich etwas anpacken kann, das noch brach liegt. »

# The Party's over

**Schneller als gedacht nistet sich das Wissen um die Endlichkeit der globalen Ölvorräte in einem breiteren öffentlichen Bewusstsein ein. Konstant höhere Ölpreise, der Irakkrieg, die dramatische Korrektur der Reserven bei Shell und die schlichten Fakten wirken langsam.**

**Martin Stuber, Bulletin-Redaktor und Kantonsrat Alternative (SGA), Zug Grafiken Tagungsunterlagen SES**

Kaum mehr vergeht eine Woche, ohne dass in der hiesigen Presse Artikel zum Thema Erdöl-Vorräte erscheinen. Mindestens in Europa ist einem breiteren Publikum sehr bewusst, weshalb Bush & Co. im Irak sitzen und von dort nicht mehr so schnell verschwinden werden. Die September-Ausgabe des NZZ-Folio war ganz dem Thema Erdöl gewidmet und das Interview mit dem anerkanntesten unabhängigen Experten in Sachen Ölproduktion, Colin Campbell, brachte die Sache schon im Titel des Artikels auf den Punkt: «Sorry, leider beginnt schon die zweite Halbzeit».

## Nahe beim Peak

Die Frage stand im Zentrum einer in den Medien leider wenig beachteten Fachtagung der Schweizerischen Energiestiftung (siehe auch BULLETIN 1/2004): Wie entwickeln sich Produktion und Verbrauch der neben Nahrungsmittel und Wasser wohl wichtigsten Ressource, dem Erdöl?

In einem brillant vorgetragenen Referat erläuterte Werner Zittel, Mitautor des Buches «Ölwechsel» (siehe Kasten), weshalb wir den «Peak», nämlich das Fördermaximum noch in diesem Jahrzehnt erreichen werden. Wir zitieren aus seinen einleitenden Ausführungen:

«Die schematischen Phasen der Erschliessung von Erdöl lassen sich durch das folgende Muster beschreiben:

In der Frühphase der Ölsuche findet man die grossen und leicht zugänglichen Ölfelder, und man beginnt diese zu erschliessen. Mit zunehmender Übung lernt man die Lage von Ölfeldern besser zu erkennen. Dem folgt ein Boom, in dem immer neue Felder zunächst in den Ursprungsregionen, später weltweit erschlossen werden. Dabei werden die schlechter zugänglichen Gebiete erst angegangen, wenn in den leicht zugänglichen Gebieten nicht mehr genügend neues Öl gefunden wird. Da niemand Öl sucht, um es nicht auch zu fördern, folgt meist bald nach dem Finden auch der Anschluss der Felder.

Mit zunehmender Ausbeutung lässt der Förderdruck in einem Ölfeld nach. Nach einiger Zeit beginnt die Förderrate zurückzugehen. Diesen Verlauf kann man in gewissem Rahmen noch beeinflussen: Indem man Gas oder Wasser einpresst, das Öl erhitzt oder die Oberflächenspannung mit Chemikalien reduziert, kann man den Rückgang der Förderrate etwas verzögern oder reduzieren.

## Ölförderung immer schwieriger, teurer und langsamer

In jeder Region wird man zuerst die grossen Felder erschliessen und danach erst die jeweils kleineren. Sobald die ersten grossen Felder einer Region das Fördermaximum überschritten haben, muss zunehmend in neue, in der Regel kleiner werdende Felder investiert werden, um den einsetzenden Förderrückgang der Produktionsbasis zu kompensieren. Ab da wird es zunehmend schwieriger, die Geschwindigkeit der Förderausweitung aufrechtzuerhalten. Ein Wettlauf setzt ein, der sich wie folgt beschreiben lässt: Immer mehr grosse Ölfelder lassen in der Förderrate nach. Dieser Ausfall muss durch den An-



## Bald Vergangenheit?

schluss einer grösseren Anzahl kleinerer Felder ersetzt werden. Diese kleineren Felder aber erreichen schneller ihr Fördermaximum und tragen danach zum allgemeinen Förderrückgang bei. Damit wird das Förderprofil der Region, das sich aus der Addition der Förderprofile der einzelnen Felder ergibt, immer «schiefer», der Förderrückgang der in Summe angeschlossenen Felder wird immer steiler. Dieser Rückgang muss dann durch den noch schnelleren Anschluss noch kleinerer Felder kompensiert werden.

Damit lässt sich das Muster so charakterisieren: Die Ausweitung der Ölförderung wird stetig schwieriger, sie erfolgt immer langsamer und zu steigenden Kosten, solange bis die Industrie nicht mehr genügend schnell neue Felder anschliessen kann. Dann wird die Förderung kurzzeitig stagnieren und anschliessend beginnen zurückzugehen.

Dieses Muster kann man sehr gut in einzelnen Förderregionen beobachten. Doch manchmal wurde dieses allgemeine Verhaltensmuster durchbrochen: entweder weil aus politischen Gründen die beschleunigte Erschliessung einer «günstigen» Region verwehrt war, oder weil grosse Überkapazitäten herrschten, so dass die Förderung über längere Zeit gedrosselt wurde. Je mehr die Überkapa-

zitäten jedoch abgebaut wurden, desto enger folgt der Verlauf der Ölförderung dem beschriebenen Muster.

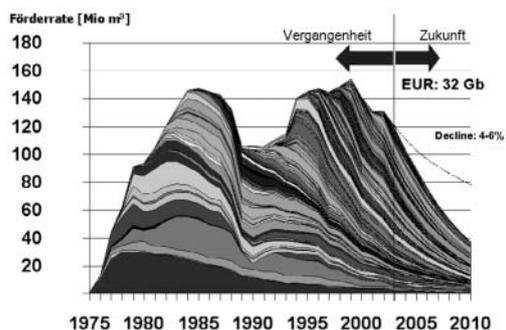
In der mehr als 150 jährigen Geschichte des Ölförderns können wir einige wesentliche Trends erkennen:

- Die grössten Ölfelder der Welt wurden alle vor mehr als 50 Jahren gefunden.
- Seit den 60er Jahren nehmen die jährlichen Ölfunde tendenziell ab.
- Seit 1980 übersteigt der jährliche Verbrauch die jährlichen Neufunde.
- Bis heute sind mehr als 42.000 Ölfelder bekannt, aber die 400 grössten Ölfelder (1 Prozent) enthalten mehr als 75 Prozent allen bis heute gefundenen Öls.
- Die meisten dieser grossen Ölfelder wurden ebenfalls vor mehr als 50 Jahren gefunden.
- Dem historischen Maximum der Ölfunde muss irgendwann ein Maximum der Ölförderung folgen.

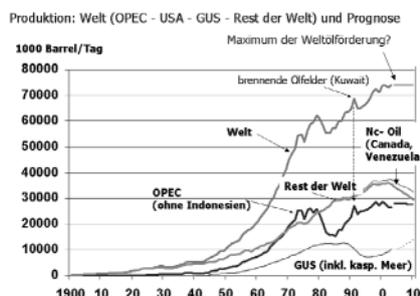
Die einzig spannende Frage hierbei ist, wie nahe wir uns an diesem Fördermaximum bereits befinden.»

### Wachstum nur in der GUS

Anhand der Produktion von Grossbritannien konnte Zittel das Muster des Förderverlaufes (siehe Grafik unten) gut aufzeigen. Grossbritannien ist übrigens seit letztem Jahr Netto-Ölimporteur...



Verlauf der Ölförderung von Grossbritannien .

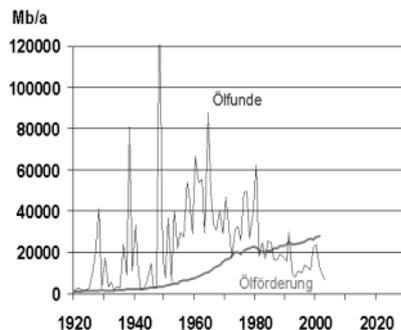


Entwicklung der Öl-Weltproduktion nach Regionen.

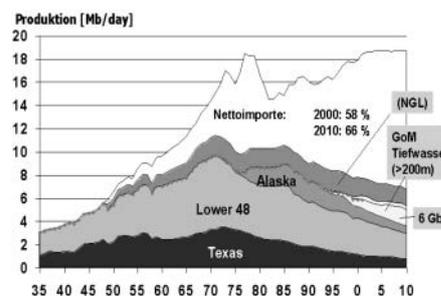
In der Folge erläuterte Zittel die Entwicklung der wichtigen Parameter für alle Fördergebiete. Die Weltproduktion verteilt sich gemäss nebenstehender Grafik. Auffällig: aktuelles Wachstum gibt es nur noch in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (GUS). Entscheidend für die langfristige Entwicklung ist aber, in welchem Verhältnis Ölförderung und Ölfunde stehen. Einer stetig wachsenden Ölförderung stehen tendenziell ebenso stetig abnehmende Neufunde entgegen (siehe obige Grafik).

### US-Ölhunger

Als Nebenprodukt des Referates von Zittel wurde auch Klarheit über einen der Gründe der militärischen Invasion des Iraks durch die USA geschaffen (siehe Grafik unten).



Entwicklung der Ölfunde und der Weltproduktion von Öl.



Wachsende Schere von Eigenproduktion und Ölimporten der U.S.A.

NGL = Flüssiggas/Kondensat, GoM = Golf of Mexico.

«Erdöl-Reserven: Kein Grund zum Alarmismus» betitelt der Geschäftsführer der Erdölvereinigung Rolf Hartl sein Referat. Seine beiden Hauptaussagen: Die nichtkonventionellen Ressourcen (Ölsande und Teerschiefer) werden es richten, und die steigende Nachfrage der nächsten Jahre wird aus dem mittleren Osten gedeckt werden. Auf Zahlen behafteten liess sich Hartl allerdings nicht, er stützte sich auf die BP-Prognosen (Öl beim jetzigen Verbrauch noch für 41 Jahre) ab. Wenn es nach der Erdöllobby geht, sollen wir also unbesorgt weiter tanzen.

Interessant waren seine Ausführungen zur Zukunft aber dennoch. Zittel schreibt: «Zum Schluss möchte ich noch sagen, was mir wirklich am Herzen liegt, nämlich wo die Probleme in Zukunft tatsächlich liegen.

Erstens einmal liegen sie in diesen enormen Investitionen: Man spricht von etwa 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr, um die steigende Nachfrage zu befriedigen, 100 Milliarden Dollar, um bestehende Quellen noch besser zu nutzen, 100 Milliarden Dollar, um auch neue Fördergebiete zu erschliessen. Diese 100 Milliarden müssen eingesetzt werden können. Hier liegt meines Erachtens das Problem, dass das Kapital nur dann seinen Weg dorthin findet (in die Staaten des Mittleren Ostens und auch nach Afrika), wenn Investitionssicher-

## Erdöl

heit besteht. Investitionssicherheit wiederum besteht, wenn die politischen Rahmenbedingungen da sind, wenn auch die Finanzmärkte entwickelt sind, wenn also, mit anderen Worten, Rechtssicherheit besteht.

Das ist die grosse Herausforderung, weil eben das Öl sich nicht in «communities» wie der direkt demokratisch organisierten Schweiz befindet. Kommt also das Kapital zur richtigen Zeit an den richtigen Ort?

Die zweite Herausforderung besteht meines Erachtens im Folgenden: Hier sehen Sie, wie das Öl in der Welt herumfließt und herumtransportiert wird. Die politische und militärische Sicherheit in den Produktionsstaaten ist von ganz ausschlaggebender Bedeutung, aber auch die Sicherheit entlang der Transportachsen. Diesbezüglich ist dies für alle drei fossilen Energieträger ein ausschlaggebendes Moment.»

(Hartl untermauerte seine Sorge mit der unten stehenden Grafik.)

### BP farblos

Der BP-Vertreter Herbert Glocker blieb

eher farblos. Er stützte seinen Optimismus, dass der Peak noch lange nicht erreicht sei, auf die sich ständig verbessernden Technologien zur Ausbeutung. Besonders bei der Ausbeutung der Ölsande seien enorme Fortschritte erreicht worden.

Im abschliessenden Panelgespräch – leider ohne Hartl – vermochte er allerdings Zittels Beweisführung wenig entgegen zu setzen und betonte, dass er sich auf keine Aussage zum Zeitpunkt des Peaks behaften lasse. Mit dem Beispiel des stetigen Produktionsrückganges in den USA wies Zittel nach, dass die Hoffnung auf neue Technologien nicht angebracht ist.

Nicht bestritten wurde der wachsende Energieverbrauch weltweit, der mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Indien und vor allem China schnell zunehmen wird.

### Peak kommt

Es blieb die Erkenntnis: Die Erdölförderung wird ihren Zenit in absehbarer Zeit überschreiten, bei wachsendem Verbrauch. Angesichts des hohen Anteils an Öl in der Energieversorgung ist Energie-

sparen angesagt. Das und Substitution durch nachhaltige Energieträger, statt wie heute 85% dieses wertvollen Rohstoffes schnöde zu verbrennen, muss unsere Leitschnur sein.

Der Verdacht, dass diese Erkenntnis in einem breiteren Bewusstsein inzwischen eher besser verankert ist als in der Schweizer Classe politique, bestätigte sich an der Tagung: Der Schreibende war neben dem Tagungsleiter (der grüne Aargauer Nationalrat und SES-Präsident Geri Müller) der einzige aktive Politiker an der SES-Tagung, und das bei einer Teilnehmerliste von 100 Personen (übrigens grossmehrheitlich Männer).<sup>11</sup>

### Zwei Buchtipps

#### Ölwechsel!

Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft. Zusammen mit Frauke Liesenborghs, Jörg Schindler, Helga Roth und Werner Zittel.

Herausgegeben von Global Challenges Network  
ISBN 3-423-24321-1

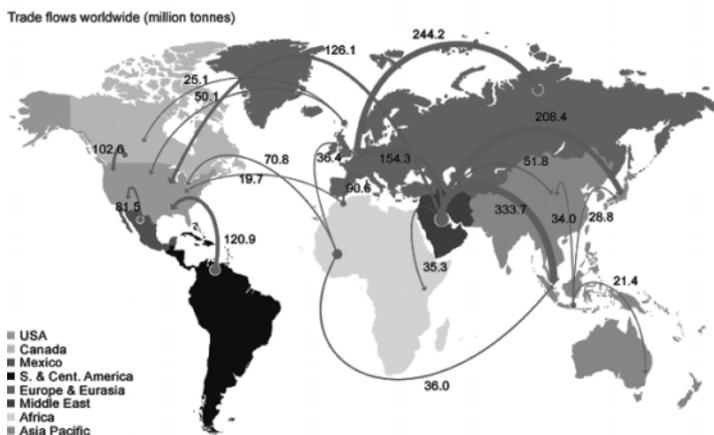
#### The Party's Over

Das Ende der Ölvorräte und die Zukunft der industrialisierten Welt

DEUSCHE ERSTAUSGABE  
Riemann Verlag  
ISBN: 3-570-50059-4

#### Tipp für Lesefauler:

Wer des Englischen mächtig ist und einen MP3-Player besitzt, kann vom Internet einige hochinteressante Radiosendungen zum Thema herunterladen und sich z.B. in der Badi bequem weiterbilden (Der nächste Sommer kommt bestimmt).  
[www.globalpublicmedia.com](http://www.globalpublicmedia.com)



Hartl untermauerte seine Sorge mit der folgenden Grafik.

# Prädikat «untauglich!»

**Seit Anfang Dezember liegt der Zwischenbericht des Stadtrates zur Neugestaltung des Postplatzes und zum neuen Verkehrsregime auf dem Tisch. Das Resultat ist ernüchternd: Wird diese Vorlage so realisiert, ergibt sich bezüglich Verkehrsregime bestenfalls ein Nullsummenspiel.**

**Marianne Zehnder, Gemeinderätin Alternative Fraktion (SGA), Zug Illustration GGR-Vorlage 1825**

Die Machbarkeitsstudie zeigt eines klar und deutlich auf: ohne Minitunnel gibt es keine menschenfreundliche Umgestaltung – die «Verkehrsmaschine Postplatz» mit täglich 20 000 Autos mag den Verkehr auf keine andere Art und Weise schlucken.

Am Einbahnregime in Bahnhofstrasse und Vorstadt wird darum festgehalten. Geplant ist ein Verkehrsregime mit reduzierten Verkehrsflächen:

• Die oberirdischen Parkplätze auf dem oberen und unteren Postplatz werden aufgehoben.

• Von der Vorstadt sollen 11 und vom Hirschenplatz 5 Parkplätze in das unterirdische Parkhaus verlegt werden.

• Von der Vorstadt her ist es nicht mehr möglich, mit dem Auto gerade aus Richtung Post zu fahren. Möglich ist nur die Fahrt nach Süden in die Neugasse und Richtung Norden in die Bahnhofstrasse

• Fahrzeuge von der Poststrasse fahren (im Gegenverkehr) am Café Plaza vorbei und zweigen dann ab Richtung Nord oder Süd.

• Der Verkehr aus der Neugasse fährt gerade aus in die Bahnhofstrasse oder zweigt Richtung Poststrasse vor dem Plaza ab.

Ein schlechter Witz ist die neue Fussgängerführung. Eine direkte Querung vom oberen zum unteren Postplatz

(über einen Fussgängerstreifen) wird nicht mehr möglich sein. Wer vom neuen, von Wasserspielen und Bäumen geprägten oberen Postplatz zum See hinter will, wird vier (!) Strassen queren müssen.

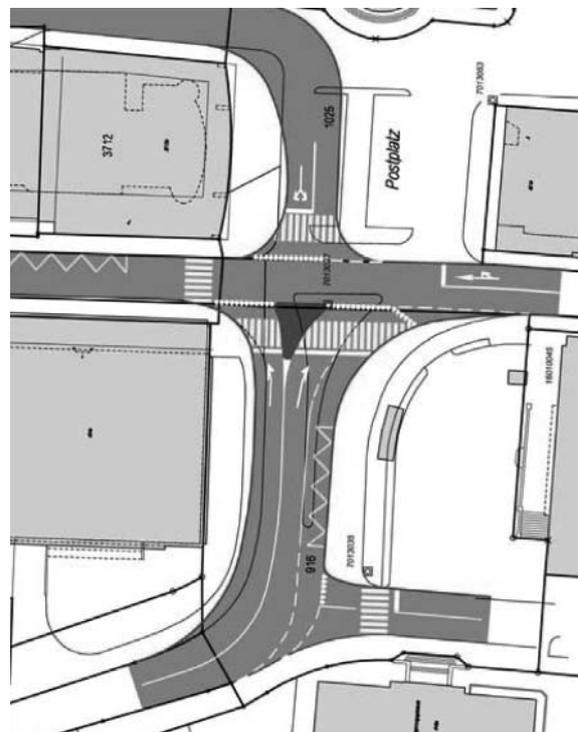
Für Velo fahrende verbessert sich die Situation nur marginal. Wer von der Poststrasse in die Zeughausgasse radelt, kreuzt die Autos nur noch an einem Punkt und nicht wie bis anhin an zwei Stellen. Zu erwarten ist aber, dass nach wie vor ein Gerangel sein wird, welches Auto zuerst in die Bahnhofstrasse einspuren darf – jenes aus der Zeughausgasse oder jenes aus der Poststrasse. Wie die Automobilisten hier auch noch ein Auge für die Velo fahrenden haben, bleibt ein Rätsel. So bleibt der Postplatz nach wie vor nur für geübte Velo fahrende gefahrlos befahrbar.

## Italianità? Dove?

So ganz sicher, wie der Postplatz dereinst aussehen wird, ist sich die Stadt wohl noch nicht. Wir lassen uns keine Bäume in die Augen streuen – auf der Bildmontage im Zwischenbericht hat es viele Bäume, aber keine Autos... Wie soll auf einem Platz, der von 20'000 Fahrzeugen gequert wird, Italianità aufkommen? Das Plätschern der Wasserspiele soll wohl vom Rauschen des Verkehrs ablenken. Wird aber eher davon übertönt.

## Parkhaus

Warum wir am Postplatz kein Parkhaus brauchen, hat mein Fraktionskollege Urs Meier im vergangenen April im Bulletin ausführlich dargelegt. Die Resultate des Zwischenberichts bestätigen seine Haltung nun voll und ganz. Erst mit einem vierten Geschoss sind 165 Parkplätze möglich. Diese Anzahl rechtfertigt der Stadtrat mit der zusätzlichen Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen in der Vorstadt und auf dem Hirschenplatz.



**Der «neue» Postplatz bleibt, was er heute ist. Eine hässliche Strassenkreuzung.**

Nach wie vor sollen aber Kurzzeitparkplätze zur Verfügung stehen – womit uns auch der Suchverkehr erhalten bleibt. Die Kosten pro Parkplatz belaufen sich auf sagenhafte 80'300 Franken.

Bisher vermochten weder städtebauliche noch verkehrstechnische Argumente die Parkhausbefürworter zum Verzicht auf ein Parkhaus mitten im Herzen unserer Stadt zu überzeugen. Spätestens jetzt müssten finanzpolitische Gründe einen Meinungsumschwung bewirken.

## Nullsummenspiel

Vor- und Nachteile für den Langsamverkehr heben sich auf – eine Änderung des Verkehrsregimes drängt sich daher aus dieser Sicht nicht auf. Vorteilhaft wäre das neue Verkehrsregime nur, wenn die oberirdischen Parkplätze auf und um den Postplatz ersatzlos aufgehoben würden. Denn mit einem Parkhaus mitten im Herzen der Stadt verbauen wir uns ein für alle mal eine bessere Lösung. •

# Den Vogel abgeschossen

**Die Wintersession endete für den Vertreter der Zuger Linken mit einem grossen Erfolg: Auf Antrag der von ihm geführten Minderheit lehnte der Nationalrat die Beschaffung von Panzern und von Flugzeugen ab. Weniger erfreulich verlief die Hirschhorn-Debatte.**

**Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug  
Bilder Adelina Odermatt**

Beginnen wir mit dem guten Ende: Mit 112 zu 65 Stimmen lehnte der Nationalrat am zweitletzten Sessionstag, am 16. Dezember, den Kauf von 24 Geniepanzern und mit 100 zu 76 Stimmen die Beschaffung von zwei Transportflugzeugen ab. Damit wurde das Rüstungsprogramm um 238 Millionen Franken - mehr als ein Drittel! - gekürzt. Dieses Resultat ist um

## Panzer und Transportflugzeuge: So stimmten die Fraktionen

### Panzer

**Grüne:** 13 Nein (1 abwesend)  
**SP:** 47 Nein, 2 Enthaltungen (3)  
**EVP/EDU:** 3 Nein, 2 Ja  
**CVP:** 9 Nein, 17 Ja (1)  
**FDP:** 2 Nein, 30 Ja, 4 Enthaltungen (4)  
**SVP:** 33 Nein, 16 Ja, 2 Enthaltungen (5)  
**Fraktionslose:** 5 Nein

### Flugzeug

**Grüne:** 13 Nein  
**SP:** 40 Nein, 4 Ja, 5 Enthaltungen  
**EVP/EDU:** 3 Nein, 2 Ja  
**CVP:** 1 Nein, 25 Ja  
**FDP:** 1 Nein, 36 Ja  
**SVP:** 37 Nein, 9 Ja / 4 Enthaltungen  
**Fraktionslose:** 5 Nein.

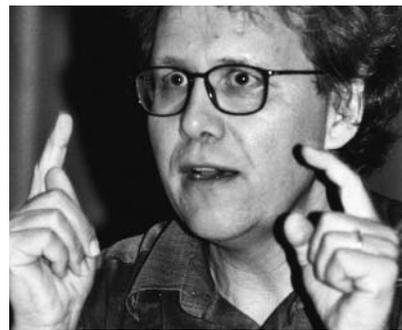
so auffälliger, als in der sicherheitspolitischen Kommission eine knappe Mehrheit die Panzer und eine deutliche die Flugzeuge befürwortet hatte.

### Meiste Neinstimmen sind linke

Das Stimmverhalten der verschiedenen Fraktionen kann man dem Kasten 1 entnehmen. Bei der Panzervorlage kamen 63 Neinstimmen aus der Linken, bei der Fliegervorlage waren es mit 56 immer noch mehr als die Hälfte. Bei beiden Beschaffungen konnte ich die Anträge im Namen der linken Kommissionsminderheit begründen. Dies hat auch damit zu tun, dass die sechsköpfige SIK-Delegation der SP mit Ausnahme der Neuenburgerin Valérie Garbani derart VBSnahe ist, dass sie regelmässig von der eigenen Fraktion desavouiert wird. Das zeigte sich auch bei der Abstimmung über das Eintreten auf das Rüstungsprogramm. Während in der Kommission nur Valérie Garbani, meine Fraktionskollegin Pia Hollenstein und ich dagegen votiert hatten, waren es im Rat zwei Drittel der anwesenden SP-Mitglieder. Dass eine deutliche Mehrheit der SP-Fraktion militärkritischer ist als die sicherheitspolitischen VordenkerInnen, hatte sich bereits am 1. Dezember in der Abstimmung über meinen Budget-Antrag, alle Rüstungsausgaben zu streichen, gezeigt.

### Marschhalt, Denkpause, Moratorium

Mit seinem Entscheid hat der Nationalrat die Panzer definitiv gestoppt. Bei den Transportflugzeugen gibt es nun eine Differenz mit dem Ständerat, der diesem Kauf zugestimmt hat. Im nächsten März wird es damit in beiden Räten eine erneute Auseinandersetzung über die Transportflugzeuge geben. Diese dienen vor allem militärischen Auslandseinsätzen, aber auch dem Ausschaffen von Flüchtlingen. Unabhängig davon,



**Jo Lang, Nationalrat Alternative Zug.**

was in der Frühjahrsession herauskommt, steht fest: Die Armee steckt weiterhin in einer tiefen Krise.

Seit längerem vertrete ich die Haltung, wie ich sie bei der Debatte um das Rüstungsprogramm formuliert habe: «In einer derart verworrenen Situation, in der zudem kein dringender Handlungsbedarf besteht, sind ein militärischer Marschhalt, eine zivile Denkpause und ein finanzielles Moratorium geboten.» Diese Position ist – mindestens vorläufig – nicht mehrheitsfähig im Nationalrat. Aber sie hilft, jene militärkritischen Ratsmitglieder, denen die Armeearbschaffung zu weit geht, mit deren BefürworterInnen zusammen zu führen. Und sie erleichtert es, die Existenz einer Armeekrise öffentlich zu thematisieren. Zudem kann die starke Minderheit, die ein Rüstungsmoratorium begrüsst, in konkreten Einzelfragen zusammen mit bürgerlichen Mehrheiten erringen und so eine konzeptlose, sinnige und teure Neuausrüstung der Schweizer Armee blockieren.

### Doppelspiel der SVP

Im Rahmen der Debatte über die Bilateralen II ergriff ich das Wort zum Waffengesetz und zu den die Personenfreizügigkeit flankierenden Massnahmen. Beim Waffengesetz hatte ich mich gegen die Privilegierung der Schützen gewehrt. Diese müssen – auch in Wider-

## TOPS



**Jo Lang**  
Nationalrat  
(Grüne, ZG)

Der rot-grüne Dauerkritiker des Finanzplatzes Zug gehört zwar nicht zu den einflussreichsten Parlamentariern. Dass er aber gehört wird, beweist unter anderem eine Einladung von Bundesrat Pascal Couchepin zu einer Privatdebatte über die Armeeausschaffung. Dank seiner

Überzeugungskraft und seiner intellektuellen Brillanz hat sich Lang innerhalb der Linken zu einem Wortführer gemausert. Für ein Mitglied der grünen Fraktion, die von der SP nicht selten als *Quantité négligeable* betrachtet wird, ist das eine reife Leistung. **DSI**



**Filippo Leutenegger**  
Nationalrat  
(FDP, ZH)



**Christa Markwalder**

Zugegeben, ihre Medienpräsenz deckt sich nur bedingt mit ihrem Lebenswandel im

Wertesystem, die im neoliberalen Trommelfeuer ein wenig in Vergessenheit geraten sind. Zu-



**M. ...**

Im Rating der «Berner Zeitung» gilt Jo Lang als der Top-Aufsteiger des Jahres unter den Nationalräten, ein Wortführer «dank seiner Überzeugungskraft und seiner intellektuellen Brillanz». Flop des Jahres war übrigens der FDP-Rechtsaussen Filippo Leutenegger.

spruch zu dem was Schengen fordert – für die Erlangung eines Waffenerwerbsscheins nicht wie alle anderen Leute eine Begründung angeben. Diese Bevorzugung der Mitglieder von Schützenvereinen hat zu tun mit der reaktionären Verknüpfung von Waffe und Würde oder «wehrlos gleich ehrlos», wie es früher hiess. Vergessen wir nicht: Leibacher hatte die Waffen, die er im Kantonsratsaal einsetzte, als Mitglied eines Schützenvereins erworben. Die Mehrheit der SP-Mehrheit war zwar mit meinen Überlegungen einverstanden, kam aber, um ein Referendum von «Pro Tell» zu verhindern, dieser Lobby entgegen. Ich kritisierte diese Rücksichtnahme nicht nur sachlich, sondern als taktisch falsch. Schliesslich verlangen laut einer ETH-Studie 78 Prozent der Männer und 92 Prozent der Frauen eine Verschärfung des Waffengesetzes. Je schärfer dieses dank Schengen ausfällt, desto leichter lassen sich insbesondere Linke, die berechtigte Zweifel gegenüber den Bilateralen haben, für ein Ja gewinnen.

Beim Freizügigkeitsabkommen setzte ich mich dafür ein, dass zur Verhinderung von Lohnunterschreitungen und Arbeitszeitüberschreitungen eine genügende Anzahl von Inspektorinnen und Inspektoren eingestellt werden. Dabei prangerte ich das «Doppelspiel der SVP» an: «Einerseits warnt die SVP vor Lohn- und Arbeitszeitdumping, andererseits lehnt sie alle Massnahmen ab, die den Leuten mehr sozialen Schutz bieten. Wer meint, die SVP befinde sich damit mit sich selber in Widerspruch, wird der SVP-Logik nicht gerecht. Die kleinen Leute lassen sich leichter in die nationalistische Falle locken, wenn ihre soziale und berufliche

Situation prekär ist. Andersherum gilt: Je stärker das soziale Angebot ist, desto geringer ist die Nachfrage nach dem nationalistischen Angebot.»

### Gold für die AHV

Bei der Frage, was mit dem Nationalbankgold und mit den Nationalbankgewinnen geschehen soll, spannte ich mit dem Basler Sozialdemokraten Ruedi Rechsteiner zusammen. Ich wehrte mich dafür, dass die Erträge aus dem Goldschatz während 30 Jahren zu zwei Dritteln an den Ausgleichsfonds der

AHV gehen und dass die zukünftigen Gewinne der Nationalbank zu zwei Dritteln (Volksinitiative) oder zur Hälfte (Gegenvorschlag) dem grössten und wichtigsten Sozialwerk zu gute kommen. Ich lehnte den Anspruch der Kantone auf je zwei Drittel als «überholt» ab. «Mit der Beteiligung der Kantone an den Nationalbankgewinnen zu zwei Dritteln wollte man den Kantonen die ihnen durch den Entzug der kantonalen Notenmonopole entstandenen Einnahmeherausfälle entschädigen. Gut 100 Jahre nach der Gründung der Nationalbank haben kantonale Notenbankmonopole jegliche

### Eine Milliarde sparen!

Den grössten Sparvorschlag im Rahmen der Budget-Debatte hat Jo Lang im Namen der Grünen Fraktion gestellt: Streichen der Rüstungsinvestitionen! Immerhin 55 der 159 Stimmenden und damit ein gutes Drittel haben dem radikalen Antrag zugestimmt. Hier der Wortlaut seines Votums:

«Die Armee befindet sich in einer tiefen Sinn- und Orientierungskrise. Es gibt keine einzige militärische Aufgabe, die unbestritten wäre. Angesichts einer solchen Ausgangslage ist es fragwürdig, Riesensummen zu sprechen für Rüstungsmaterial, dessen Zweck unklar und umstritten ist. Wie alle Umfragen zeigen, ist die Mehrheit der Bevölkerung dafür, zuallererst und am stärksten bei den Rüstungsausgaben zu sparen. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Grüne Fraktion, die Streichungsanträge zu unterstützen.

Damit können Sie das Budget-Defizit um mehr als die Hälfte reduzieren, von 1,8 auf 0,8 Milliarden! Sollte der grösste und sinnvollste aller Sparvorschläge im Rahmen dieser Budget-Debatte nicht durchkommen, unterstützen wir die kleinen Sparvorschläge.»

Die Sparvorschläge des sozialdemokratischen Finanzpolitikers (und Offiziers) Werner Marti, die sich gesamt auf etwa 30 Millionen Franken beliefen, machten nur etwa fünf Stimmen mehr als der Milliarden-Antrag. Mehrheitsfähig sind Sparvorschläge bei der Armee nur, wenn auch ein grosser Teil der SVP mitmacht. Weil das beispielsweise im Rahmen des Rüstungsprogramms bei Langs Minderheitsanträgen gegen die Aufrüstung der F/A-18 (268 Millionen) sowie bei der Simulationsunterstützung für Gefechtsübungen (95 Millionen) nicht der Fall war, kam er hier nur auf 57 bzw. 53 Gegenstimmen.

Glaubwürdigkeit verloren. Damit hat sich aber auch die legitimatorische Grundlage für einen historischen Anspruch aufgelöst. Es gibt kein Erbrecht auf Nationalbankgewinne oder Nationalbankgold.»

### Globales Geld, provinzieller Geist

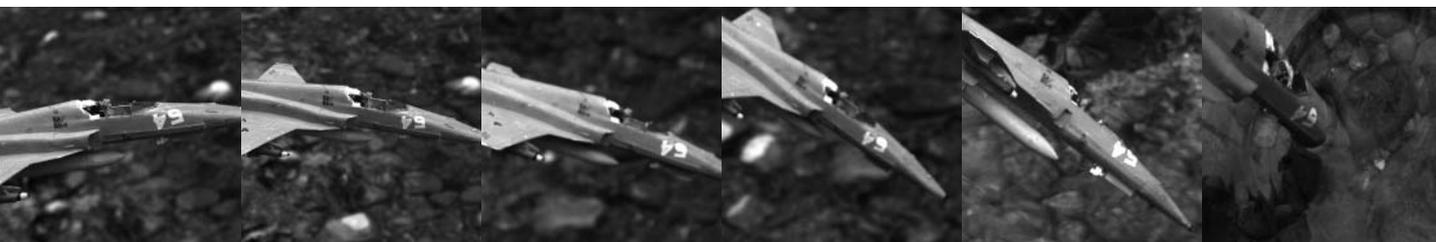
Häufig wurde ich in der letzten Sessionswoche auf den Vorstoss von Zugs Ständerat Peter Bieri gegen Hirschhorns «entartete Kunst», wie man das früher nannte, angesprochen. Selbst bürgerliche PolitikerInnen machten mich auf den Widerspruch zwischen hochmoderner Zuger Wirtschaft und konservativem Kunstverständnis der drei anwesenden Vertreter aus dem Zuger Bürgertum auf-

merksam. Ich bestätigte ihre Beobachtung mit dem Hinweis, dass ich seit Jahrzehnten den Widerspruch zwischen hochglobalisiertem Geld und tiefprovinziellem Geist als grösste Spannung im Kanton Zug erlebe.

Diese besonders starke Spannung hat damit zu tun, dass Zug beispielsweise als Rohstoffhandelszentrum vor der Alternative steht, sich der Verantwortung gegenüber der Welt zu öffnen oder sich dieser zu verschliessen. Die Folge der in der Bourgeoisie Zougoise dominierenden Verdrängungshaltung ist ein besonders engstirniger und offensiver Egoismus und Egozentrismus, der politisch zu einem SVP-geführten Rechtsrutsch und kulturell ins ewiggestrige Hinterwäldertum führt.

In den letzten Jahren sind die Zuger CVP und die Zuger FDP zu den rechten Kantonalparteien der Christdemokratie und des Freisinns geworden. Die SVP hat sich von Anfang an am rechten Blocher-Flügel orientiert.

Die geistes- und kulturpolitische Lehre für die Zuger Alternativen lautet: Unsere nobelste Aufgabe im Zugerland ist es, immer wieder, unabhängig davon ob es populär (Crown-Demo) oder unpopulär (NFA) ist, auf die nationale und globale Verantwortung eines Gemeinwesens aufmerksam zu machen, das gleichzeitig ein globales Wirtschaftszentrum ist. Kulturelle Offenheit hat zu tun mit geistiger Offenheit. Und geistige Offenheit heisst im Kanton Zug vor allem Solidarität. n



### Bosnien: Soldaten oder Solidarität?

Der Beschluss des Nationalrates, ein militärisches Verbindungs- und Beobachtungsteam nach Bosnien zu senden, dient nicht den dortigen Menschen, sondern den hiesigen Militärs. Erstens ist das reale Sicherheitsproblem in Bosnien die Verminung. Ausgerechnet dahat der Bund in den letzten Jahren gespart. Aus diesem Grund habe ich am 14. Dezember ein Postulat eingereicht, das vom Bundesrat verlangt, «sein Engagement im Rahmen der humanitären Minenräumung in Bosnien-Herzegowina signifikant zu erhöhen.» 104 Ratsmitglieder, also mehr als die Hälfte, ha-

ben unterschrieben. Die Schweizerische Friedensstiftung «Swisspeace» muss aus Spargründen ihr Frühwarnsystem «Fast» in Bosnien aufgeben. Gleichzeitig bauen die Militärs etwas Ähnliches auf. Das zivile Projekt kostet jährlich etwa 300'000 Franken. Das militärische Projekt wird mit 5,4 Millionen das 18fache kosten. Auch wenn dessen Umfang etwas grösser ist, wäre es auch finanziell viel sinnvoller, Zivilisten statt Soldaten einzusetzen. Solche Sachverhalte bestätigen die zwei etwas provokativen Einleitungssätze des von mir vertretenen Minderheitsantrags: «Bosnien braucht keine Schweizer Armee. Die Schweizer Armee braucht Bosnien.»

# Die Verkehrsinsel auf dem Berg

**Strassenverkehr ist überall,  
Strassenverkehr ist zunehmend,  
Strassenverkehr zerschneidet  
Landschaften, Dörfer und Wohngebiete.**

**Marianne Aepli, Präsidentin Freie  
Wähler, Menzingen  
Bilder BULLETIN**

Auch Menzingen kann sich dem Strassenverkehr nicht entziehen. Die Freien Wähler meinen, eine Verkehrsplanung sei in unserer Gemeinde dringend notwendig, unter anderem zur Verbesserung der Sicherheit und zur Verkehrsberuhigung in einzelnen Quartieren. Doch der Gemeinderat will von alledem nichts wissen – Menzingen soll die kantonale «Verkehrsinsel» ohne Tempo 30 bleiben. Die Freien Wähler meinen, Agieren, Mitplanen, und Vorausdenken bringen der Gemeinde wichtige Vorteile, den Strassenverkehr mit Wohn- und Lebensqualität zu vereinbaren. Der Gemeinderat bleibt beim Reagieren, und auch das nur zögerlich.

## **Freiwillige «Temporeduktion»**

Aus dem Quartier Luegeten ist eine Anfrage (70 Unterzeichnende) zur Ein-



**Marianne Aepli, Präsidentin der Freien Wähler, informiert über «Tempo 30».**



**Tempo 30 würde auch in Menzingen zur verbesserten Sicherheit für Kinder beitragen.**

führung von Tempo 30 beim Gemeinderat eingegangen, eine Antwort kam mit den offiziellen Gemeindefinfos: «Freiwillige Temporeduktion auf Gemeindestrassen: Der Gemeinderat appelliert deshalb an die Bevölkerung, (...) das Tempo den Gegebenheiten anzupassen.» Die Freien Wähler haben, um im Bereich der Menzinger Möglichkeiten zu agieren, am Weihnachtsmarkt Verkehrsschilder verkauft – siehe Bilder.

Viele anregende Gespräche haben uns fürs Weiteragieren Mut gemacht.

## **Enttäuschender Gemeinderat**

Die Antwort des Gemeinderats auf unsere Interpellation an der Dezembergemeinde fiel enttäuschend aus. Das nachstehende Beispiel zeigt, dass in der inhaltlichen Diskussion zur Verkehrsplanung noch Entwicklungspotenzial liegt.

Frage der Freien Wähler Menzingen: «In welcher Art ist der Verkehr in der Ortsplanungsrevision thematisiert?»

Antwort des Gemeinderats: «Im Rahmen der Ortsplanung wurden eine Bestandaufnahme sowie Abklärungen über die Erschliessung von Neueinzonungen gemacht. Die Strassen sind gemäss kantonalem Richtplan neu taxiert worden. Gemäss kantonalen Vorgaben ist der Einmündungsbereich von untergeordneten Strassen gleich taxiert wie die übergeordnete Strasse. So unterliegt zum Beispiel der Einlenkerbereich von Erschliessungsstrassen in die Kantonsstrasse den gleichen Vorschriften und Zuständigkeiten wie die Kantonsstrasse.» Alles klar? n

# Auch Baar im Antennenwahn

**Die SGA Baar hat am 18. November 2004 dem Gemeinderat Baar eine Interpellation zum Thema Mobilfunk eingereicht. Leider muss sie bis zur Juni-Gemeindeversammlung 2005 auf die Beantwortung warten. Leider werden die aufgeworfenen Fragen aber auch dann noch von grösster Aktualität sein!**

**Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative (SGA), Baar  
Bild Adelina Odermatt**

Im «Zugerbieter» vom 11. November 2004 gab die Gemeinde Baar bekannt, dass «die Mobilfunkanlage Brauerei Baar [...] in der Woche 47, d.h. vom 15.-19. November 2004, gemäss der erteilten und vom Bundesgericht bestätigten Bewilligung auf UMTS um- und ausgebaut wird.» Kurz vorher erhielten Einsprecher den Bescheid, dass die Swisscom-Antenne beim Spital Baar nun bewilligt wurde und auf UMTS-Standard ausgebaut werden kann.

UMTS (Universal Mobile Telecommunications System) ist eine neue Generation der Mobilkommunikation mit hoher Übertragungsrate und nochmals höheren Sendeleistungen. Auch diese neue Technologie wird eingeführt ohne zu wissen, welche Auswirkungen sie auf die Gesundheit von Lebewesen hat. Bereits jetzt ist festzustellen, dass schon mit der bisher eingesetzten GSM-Strahlung (Global System for Mobile Communications) zunehmend mehr Menschen elektrosensibel reagieren und an Symptomen leiden wie Erschöpfungszustände, innere Unruhe, Tinnitus, Häufung von Hirntumoren, Krebs, Leukämie, Alzheimer in immer jüngerem Alter.

Eine von drei niederländischen Ministerien in Auftrag gegebene und letzten

Herbst veröffentlichte Studie belegt, «dass eine Mehrheit von Probanden, die unwissentlich der Strahlung von UMTS-Netzen ausgesetzt wurden, bereits bei einer Feldstärke von 1 V/m (erlaubt sind bis 6 V/m) nach einer Dreiviertelstunde über Kopfweh, Schwindel, Übelkeit und Herzprobleme klagten – deutlich mehr als unter der bisherigen GSM-Einstrahlung.» (Zitat aus NZZ Online vom 28. Mai 2004). Diese Entwicklung und die absehbaren Folgen für die Gesundheit der Baarer Bevölkerung und die Wohnqualität in unserer Gemeinde veranlassen uns, zu vier Themenkreisen Fragen zu stellen (Zwischentitel beachten).

## **Themenkreis 1: Gleichbehandlung der Anliegen**

Die Spitalantenne steht an einem denkbar ungünstigen Ort, platziert zwischen Zentralspital, Pflegeheim und Blindenschule, in die Alterswohnungen und Altersheime strahlend, in die Rudolf-Steiner-Schule und in die Kindergärten Sonnenberg und Altgasse. Die Brauerei-Antenne strahlt mitten in neuere, sehr dicht besiedelte Wohnquartiere hinein. Ein Vergleich mit dem Einsatz des Gemeinderates im Kampf gegen die geplante Hochspannungsleitung SBB/NOK, den die SGA sehr begrüsst, wirft dazu jedoch Fragen auf. Sowohl bei der neuen Hochspannungsleitung wie beim Mobilfunk ist die geltende Rechtsordnung eindeutig: Die Gemeinde hat rechtlich letztlich keine Möglichkeit, die Bewilligung zu verweigern. Beim Mobilfunk lässt sich der Gemeinderat dadurch lähmen und unternimmt nichts, um die Antennen aus den die Bevölkerung belastenden Standorten wegzubringen. Eine Verschiebung der Spitalantenne nur schon zur Autobahn hinüber hätte für die empfindlichen Bevölkerungsgruppen eine bis zehnfach geringere Feldstärke bedeutet. Bei der Stromleitung umgekehrt werden alle Hebel in Bewegung gesetzt,

um trotz der Rechtsordnung die oberirdische Leitung doch noch zu verhindern. Die Auswirkungen sind bei Mobilfunkantennen und Hochspannungsleitungen nicht zu unterscheiden: Beeinträchtigung der Gesundheit elektrosensibler Menschen, Ängste der gesunden Anwohner, Liegenschaftsentwertung.

## **Fragen**

- a) Wie handhabt der Gemeinderat die Bewilligungspraxis für Mobilfunkantennen auf öffentlichen Gebäuden?
- b) Ist der Gemeinderat bereit, Einfluss auf weitere öffentliche Institutionen und Organisationen (Kirchgemeinde, Altersheime, Spital) zu nehmen, damit Standortvermietungen zurückhaltender geschehen?
- c) Ist der Gemeinderat bereit, gewisse Quartiere in Baar als strahlenarme Zonen zu deklarieren, damit elektrosensible Personen weiterhin in Baar wohnen bleiben können?
- d) Wie erklärt der Gemeinderat Baar seine unterschiedlich engagierte Haltung im Kampf gegen Hochspannungsleitung und Mobilfunkantennen?

## **Themenkreis 2: Gebührenansätze bei Bewilligungen**

Die Erteilung der Baubewilligung für die Brauerei- und Spitalantennen wurde mit einer Gebühr von je Fr. 500.- belegt. Damit werden die nötigen Aufwendungen von Gemeinde und Kanton nicht im Entferntesten abgegolten, denn der Aufwand für die Prüfung der Baugesuche ist enorm. Konkret bedeutet dies, dass bei uns Steuergelder eingesetzt werden, um die Mobilfunkfirmen zu subventionieren. Demgegenüber verrechnet der Kanton Bern alle nötigen Aufwendungen dem Baugesuchsteller. Bei einer geplanten Anlage in Aarwangen wurden Sunrise/TDC 11'000 Franken verrechnet, obgleich das Gesuch wegen heftigem Wi-



Die Gemeinde hat rechtlich keine Möglichkeit, die Bewilligung zu verweigern.

derstand der Bevölkerung bereits vor dem Entscheid der ersten Instanz zurückgezogen wurde.

#### Fragen

- a) Wie viele Arbeitsstunden hat das Personal von Gemeinde und Kanton schätzungsweise für die Brauerei- und Spital-Antennen aufgewendet?
- b) Ist der Gemeinderat bereit, ein neues Abrechnungsverfahren einzuführen, um bei Mobilfunkantennen kostendeckende Gebühren zu erheben?

#### Themenkreis 3: Kennzeichnung von getarnten Mobilfunkantennen

Im August 2002 wurde das Amt für Umweltschutz des Kantons Zug (AfU) anhand geeichter Messungen darüber informiert, dass bei getarnten Mobilfunk-

antennen (z.B. in Leuchtreklamen versteckt) unmittelbar am Gehäuse die Immissionsgrenzwerte öfters überschritten werden. Auch rein rechnerisch ist erkennbar, dass bei den bewilligungsfreien Mikrozellen näher als ca. 25 cm die Immissionsgrenzwerte überschritten werden. Leuchtreklamen werden regelmässig gereinigt, da sie nachts Insekten und Spinnen anziehen, elektrosensible Menschen sind bei dieser Arbeit also gefährdet. Das AfU hat das Anliegen zur Prüfung entgegengenommen und konnte sich bis heute nicht zu einem Entscheid durchringen. Die SGA ist der Ansicht, dass alle versteckten Mobilfunkantennen unverzüglich mit dem bestehenden Gefahrensymbol für Funksender zu kennzeichnen sind. Da die Leistung der Mobilfunkantennen jederzeit ferngesteuert verändert werden kann, sind alle getarnten Antennen zu

kennzeichnen, kleine wie grosse, und zwar unabhängig davon, wie stark sie gegenwärtig senden. Das betrachten wir als ein Gebot der Fairness allen Menschen gegenüber, die sensibel reagieren und/ oder auf elektronische Behelfsmittel angewiesen sind.

#### Fragen

- a) Ist der Gemeinderat bereit, die versteckten Mobilfunkantennen in Baar in eigener Kompetenz mit einem Warnkleber zu versehen?
- b) Wie sehen die haftungsrechtlichen Ansprüche aus, wenn der Träger eines Herzschrittmachers beim Arbeiten vor einer getarnten Antenne, welche die gesetzlichen Grenzwerte nicht einhält, einen Herzstillstand erleidet?

#### Themenkreis 4: Messvorschriften und angewandte Praxis

Das Bundesgericht entschied im August 2003 anlässlich des Urteils zur Brauerei-Antenne, dass spätestens drei Monate nach Betriebsaufnahme die Strahlung der Antenne überprüft werden muss und die Öffentlichkeit darüber zu informieren ist. Seit dem Bundesgerichtsurteil sind im ganzen Kanton Zug ca. ein Dutzend UMTS-Antennen in Betrieb gesetzt worden, aber bislang wurde keine einzige UMTS-Messung veröffentlicht.

#### Fragen

- a) Wieso konnte die Betreiberin der Brauerei-Antenne keine normale Abnahmemessung gemäss Bundesregeln innert der gesetzten Frist vornehmen?
- b) Weiss der Gemeinderat, ob NISV-konforme UMTS-Messungen überhaupt vorgenommen werden können?
- c) Wo können die Messresultate und die Standortdatenblätter aller älteren Mobilfunkantennen eingesehen werden? <sup>21</sup>

# Es ist Zeit, umzudenken

«Der Koran und die gläubigen Moslems, die seine Worte verstehen, wollen das Gleiche wie alle Menschen: Frieden und eine soziale und Umwelt erhaltende Gerechtigkeit.» Ein Redaktionsmitglied des Bulletins sprach mit einem Schweizer Moslem über seine Religion und seine Sicht der aktuellen Situation. Sein Name wurde geändert.

Interview Michel Mortier  
Bild Adeline Odermatt

**Bulletin:** Du möchtest, dass wir deinen richtigen Namen nicht erwähnen. Warum?

**Murad\*:** Es ist nicht ungefährlich, fanatische Moslems zu kritisieren

**Bulletin:** Gibt es die auch bei uns?

**Murad:** Das lässt sich leider nicht ausschliessen.

**Bulletin:** Neulich sagtest du, die Gefahr gehe eher von der westlichen Gesellschaft aus, als von den Islamisten. Wie meinstest du das?

**Murad:** Die Islamisten sind nicht dumm. Sie wissen, dass sie eine machtlose Minderheit sind. Um ihre Ziele zu erreichen, brauchen sie Verbündete. Die können sie aber nur unter den moderaten Moslems finden. Da die moderaten Moslems Gewalt ablehnen, ist die Strategie der Islamisten im Westen folgende: so viel Angst zu schüren, dass sich die Gesellschaft gegen alle Moslems wendet. Tatsächlich macht uns die zunehmende Feindseligkeit Angst. Schliesslich leben wir auf einem Kontinent, auf dem schon einmal die Angehörigen einer Minderheitsreligion verfolgt und vernichtet wurden.

**Bulletin:** Vergleichst du etwa die Moslems mit den Juden?

**Murad:** Ja. Auch gegen die Juden hetzte man mit Artikeln, Reden und Anzeigen und warf ihnen eine Weltverschwörung vor. Die anti-islamischen Anzeigen in der Schweizer Presse und die brennenden Moscheen und Kulturhäuser in Holland sprechen eine deutliche Sprache. Die Islamisten nutzen aber die wachsende Feindseligkeit, um junge Moslems für ihre Sache zu rekrutieren. Die Rechnung der Islamisten geht auf. Der Westen ist in ihre Falle getappt.

**Bulletin:** Du leugnest also nicht, dass auch manch ein moderater Moslem heimlich mit den Islamisten sympathisiert. Wie erklärst du dir das?

**Murad:** Es ist der Ausdruck eines wachsenden Unmuts gegen die Feindseligkeit und gegen eine heuchlerische, sogenannte «christliche» Kultur.

**Bulletin:** Haben also jene recht, die behaupten, die Muslime würden sich nicht an unsere Werte anpassen?

**Murad:** Welche Werte meinst du denn? Jene dieser Gesellschaft, in der immer mehr Menschen krank werden? Oder jene der Verfassung, die ständig umgangen werden? Oder die christlichen Werte? Die sind doch schon längst vergessen. Oder meinst du, dass die gleichzeitige Zunahme an Reichtum und an Armut christlich sei? Oder die Duldung der Brutalität Israels gegenüber dem palästinensischen Volke, die von den USA offen und von den Europäern versteckt unterstützt wird?

**Bulletin:** Jetzt halt aber mal an. Europa verurteilt doch das Vorgehen Israels!

**Murad:** Worte sind billig. Als der Irak mehrmals gegen die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrats versties, verhängte die UNO mit Unterstützung der europäischen Nationen drakonische Sanktionen, die fünfhunderttausend irakischen Kindern das Leben kosteten. Israel hat im Laufe der letzten Jahrzehnte

doppelt so viele Beschlüsse auf arrogante Weise missachtet. Wo sind die Sanktionen gegen Israel? Aber lass uns nicht vom Thema abweichen. Die weltweite Ablehnung der verlogenen westlichen Kultur drückt sich ja nicht nur im Islam aus. Die rapide Zunahme radikaler US-amerikanischen born-again (Wiedergeborene, Anm. der Redaktion), Christen, die wachsende Anzahl NGOs und die Antiglobalisierungsbewegung sprechen eine deutliche Sprache.

**Bulletin:** Die Ablehnung rechtfertigt keine Morde.

**Murad:** Stimmt, und der Islam rechtfertigt sie auch nicht! Unsere Religion wird hier genauso brutal missbraucht, wie es seinerzeit die Kreuzritter taten, die spanischen Eroberer in Südamerika, in jüngster Zeit die Protestanten und Katholiken in Nordirland und die Serben, Kroaten, Bosnier und Kosovaren auf dem Balkan.

**Bulletin:** Dass dieses Morden unislamisch ist, entspricht aber nicht der allgemeinen Auffassung. Was ist zum Beispiel mit dem Steinigen von Ehebrecherinnen?

**Murad:** Das ist tatsächlich primitivstes Mittelalter, genau wie es die Hexenverbrennungen waren. Hier ist klar zu unterscheiden zwischen der Lehre des Korans und primitiven Traditionen. Im Koran steht nämlich nichts über Steinigen. Im Gegenteil: Ein koranisches Prinzip lautet «Jede Art von Zweifel verbietet den Strafvollzug». Daher verlangt der Koran vier Zeugen beim Ehebruch. Wer diese Zeugen nicht bringen kann und trotzdem Frauen verleumdet, soll laut Koran mit achtzig Stockhieben bestraft werden. Nun frage ich dich: Welche gescheite Frau lässt sich von vier Zeugen beobachten? Im Grunde genommen ist doch eine Strafe für Ehebruch hinfällig. Der Koran hat Verständnis für das Menschliche ...

**Bulletin:** Du kannst aber nicht leugnen, dass der Islam die Frau als zweitrangig betrachtet.

**Murad:** Diese Einstellung existiert tatsächlich, reflektiert aber wieder eine primitive und keine religiöse Tradition. Tatsächlich forderten sowohl der Koran wie der Prophet Mohammed die Gleichheit aller Menschen im Namen Gottes, unabhängig von Rasse, Geschlecht und sozialem Stand. Solidarität, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit waren immer die höchsten Werte innerhalb der islamischen Gemeinschaft. Kommen sie dir bekannt vor?

**Bulletin:** Willst du mir erzählen, dass das Tragen des Kopftuches oder des Tschadors demokratische Gepflogenheiten sind?

**Murad:** Der Tschador ist eine byzantinische, also frühchristliche Tradition. Wo sie heute noch praktiziert wird, da hat sie keinen frauenfeindlichen Zweck, sondern will der Vermarktung der Frau durch Industrie und Mode entgegenwirken. Zudem bedeutet sowohl das Kopftuch wie auch der Tschador für viele muslimische Frauen die Aufhebung der Klassenunterschiede und eine Absage an die sklavische Nachahmung der Launen westlicher Modeschöpfer. Erlaube mir aber eine Gegenfrage: Hältst du die Verwendung des nackten weiblichen Körpers für Werbezwecke oder die geringere Bezahlung von weiblichen Arbeitskräften als einen demokratischen Ausdruck der Gleichstellung von Mann und Frau?

**Bulletin:** Wenn ich ehrlich bin, nein. Kommen wir aber nochmals auf das Thema Gewalt zurück. Zum Beispiel auf den «Djihad».

**Murad:** Wörtlich bedeutet «Djihad» Anstrengung, Mühe und Einsatz und bezieht sich auf das Ausführen der muslimischen Pflichten gemäss dem Koran. Das Wort erscheint bereits in den ersten



#### Koranschreiber.

Offenbarungen, als das Thema Krieg für die junge islamische Gemeinde noch gar nicht aktuell war.

**Bulletin:** Und doch wird von vielen Moslems Djihad als «Heiliger Krieg» verstanden.

**Murad:** Sie verstehen den Begriff genauso wenig wie ihre Widersacher. Es widerspricht dem Wesen des Korans, einen Krieg als «heilig» zu bezeichnen. Krieg, auch ein Verteidigungskrieg, ist niemals heilig. Diese Einstellung ist in den Worten Islam und Salam, das hebräische Schalom, klar ersichtlich. Die Worte haben die gleiche Wurzel, nämlich s-l-m, Frieden. Vermutlich ist es auch mit dem lateinischen salve und dessen Ableitung salut verwandt.

**Bulletin:** Die gedankliche Verwandtschaft zwischen Islam, Judentum und Christentum scheint beachtlich zu sein.

**Murad:** Ja. Der Prophet Mohammed sah sich anfänglich auch nicht als Stifter einer neuen Religion, sondern als einen weiteren Gesandten, der wie Moses und Jesus die Rückkehr zu den abrahamitischen, monotheistischen Glaubenswer-

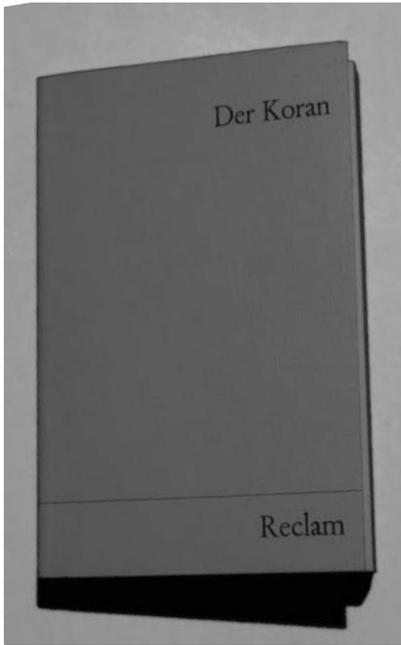
ten predigte. Er betrachtete Juden und Christen als gleichberechtigte Angehörige der Schrift.

**Bulletin:** Was meinst du mit «Angehörige der Schrift»?

**Murad:** So nennen wir jene Menschen, die das heilige Wort Gottes von ihren Propheten erhielten und niederschrieben. Diese Niederschriften sind das Alte Testament, die Evangelien und unser Koran. Wir halten zwar den Koran für die direkteste Botschaft des alleinigen Gottes, doch für diejenigen unter uns, die den Islam, den Koran und die Lehren des Propheten wirklich kennen, sind auch das Alte Testament und die Evangelien heilige Bücher, in denen die gleichen Wahrheiten verkündet werden wie im Koran. Leider haben viele von uns Moslems, Christen und Juden vergessen, was diese Wahrheiten aussagen.

**Bulletin:** Das dürfte vielen Europäern unbekannt sein.

**Murad:** Ich weiss. Wer macht sich denn die Mühe, das Wesen des Islams kennen zu lernen? Wie viele Menschen wissen zum Beispiel, das wir Jesus und Maria,



Der Koran.

Abraham und Moses verehren? Dass der Name Marias öfter im Koran als in den Evangelien vorkommt? Dass der «mihrab», die kleine Nische, die in der Moschee die Richtung nach Mekka zeigt, am häufigsten mit Koransprüchen verziert wird, die sich mit der Geschichte der christlichen Verkündigung befassen? Es ist eben viel einfacher, irgendwelche dummen Sprüche in die Welt zu setzen, als sich mit der Wahrheit über die moralische Barbarei des Westens zu befassen.

**Bulletin:** Was meinst du mit «moralischer Barbarei»?

**Murad:** Du weisst genau, was ich meine: die Einstellung, dass sich der Wert des Menschen in seinem Besitz erschöpft; dass die sexuelle Freiheit keine Grenzen haben sollte; dass derjenige Recht hat, der die Macht besitzt und dass jene, die

arm sind, sich ihren Zustand selbst zuzuschreiben haben.

**Bulletin:** Der Islam scheint tatsächlich grossen Wert auf die Hilfe für die Armen zu legen.

**Murad:** Die Verpflichtung der Gläubigen, Almosen zu geben, war eine der grossen sozialen Leistungen des Propheten, denn er machte es zum zweiten Grundpfeiler des Islams. Dieser Brauch wurde vom Propheten zu einer Zeit eingeführt, als es kein soziales Netz gab und die Bedürftigen der totalen Schutz- und Rechtlosigkeit preisgegeben waren. Im Koran gilt Gott auch als der Urheber allen Besitzes, den er den Menschen fürsorglich zur Verfügung gestellt hat. Daher wird der Wohlhabende immer wieder aufgefordert, als Treuhänder Gottes den Armen an seinem Besitz teilhaben zu lassen. Reichtum wird übrigens in vielen Koranversen wie in den Evangelien als eine Gefahr dargestellt, die von Gott und der wahren Religion ablenken kann. Könnte die Ablehnung des Islams durch rechts gerichtete Politiker etwas mit dieser Lehre zu tun haben?

**Bulletin:** Da magst du Recht haben, doch mich stört noch immer dein Begriff von «moralischen Barbaren». Sind denn die Islamisten mit ihren Mord- und Selbstmordattentaten nicht ebenfalls moralische Barbaren?

**Murad:** Na klar. Sie sind aber auch gerissen genug, um ihre Gewalt mit «Verteidigung des Islams» und als Reaktion auf die Politik der USA und Israel zu erklären. In Verbindung mit einer pervertierten Auslegung von historischen Koransprüchen richtet das viel Schaden an.

**Bulletin:** Was würdest du denn gegen einen derartigen Terrorismus unternehmen?

**Murad:** Es ist an der Zeit, umzudenken. Der Koran und die gläubigen Moslems,

die seine Worte verstehen, wollen das Gleiche wie alle Menschen: Frieden und eine soziale und Umwelt erhaltende Gerechtigkeit. Laut Koran ist der Mensch der Statthalter Gottes auf Erden und damit trägt er eine Verantwortung für die ganze Schöpfung. Brauchen wir eine bessere Anpassung an die wahren Werte der Gesellschaft? Alle Menschen guten Willens sollten sich daher mit uns moderaten Moslems verbinden, statt uns in die Arme der Islamisten zu treiben. Voraussetzung wäre eine bessere Kenntnis des Islams und ein gemeinsamer Kampf gegen die Ungerechtigkeit, die vor allem durch die Besitzenden dieser Welt verursacht wird. Das meine ich mit Umdenken. Aber du fragtest mich, was ich gegen diese Fanatiker unternehmen würde.

**Bulletin:** Richtig. Und?

**Murad:** Man muss ihnen die religiöse Legitimation entziehen.

**Bulletin:** Wie denn?

**Murad:** Indem man die gemässigten, gläubigen Moslems daran erinnert, dass der Koran weder den Selbstmord noch die Tötung unschuldiger Zivilisten gut heisst. Mord bleibt Mord, und wenn man den Grundgedanken des Korans und die Lehre Mohammeds versteht, dann ist das Argument, dass der Selbstmörder in einem «Heiligen Krieg» gefallen ist, gegenstandslos und ein Verbrechen. Krieg, auch ein Verteidigungskrieg, ist laut Islam nie heilig, und diejenigen, die den Selbstmörder in den Tod schicken, werden in die Hölle kommen. Nicht nur, weil sie unschuldige Menschen zum Tode verurteilt haben, sondern weil sie die Lehre des Erbarmers, des barmherzigen Gottes, den wir Allah nennen, pervertieren und für kriminelle Zwecke missbrauchen.

**Bulletin:** Murad, ich danke dir für deine offenen Worte. n



**GV des Vereins «DAS BULLETIN» mit Disco**

Freitag, 18. März 2005  
 Beginn: GV 19.30 h / Disco 20.30 h

Siehbachsaal, Chamerstrasse, Zug

Wir freuen uns auf viele fröhliche bekannte und unbekannte Gesichter.



**«Mission statement» des BULLETINS**

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Sozialistisch-Grüne Alternative Kanton Zug, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN».



**Kreativität ist gefragt**

Wir brauchen dich, dein Engagement und deine Ideen, um den Regierungsratsitz in den kommenden Wahlen zu sichern. Denn nur mit einem starken Auftritt und den vereinten Kräften aller Alternativen des Kantons Zug ist dies möglich.

**Programm**

**Wo:** Rudolf Steiner Schule, Asylstrasse 15, 6340 Baar (neben dem Bahnhof)

**Wann:** Samstag, 22. Januar 2005 ab 08.30 – 24.00 h oder solange du kannst

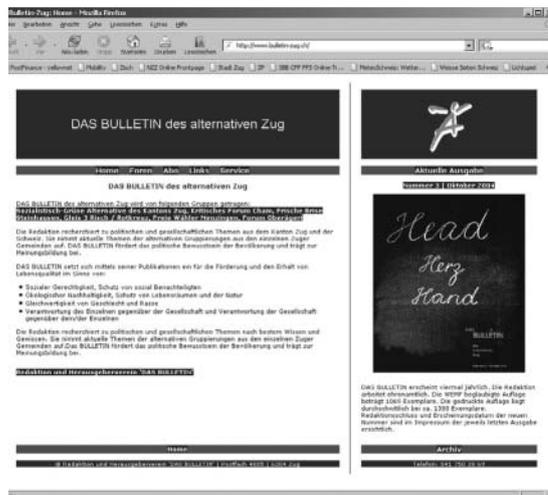
**Wer:** Alle Mitglieder der Alternativen Gruppierungen und SympathisantInnen

**Was:** Themenbezogene Gruppenarbeit mit Auswertung, gemeinsames Herstellen eines alternativen Nachtessens, plaudern, fantasieren, schwelgen.

**Kostenlos:** Die Teilnahme inklusive Essen ist kostenlos. Die alternativen Gruppierungen laden ein.

Wir freuen uns auf einen anregenden Tag, wir freuen uns auf dich!

**Anmeldung:**  
 Marianne Zehnder,  
 Hofstrasse 62, 6300 Zug,  
 mzehnder@webhosting.ch



**www.bulletin-zug.ch**

Mit dieser Nummer hat das BULLETIN ab sofort eine eigene Website aufgeschaltet.

Ein Besuch lohnt sich!

## Kino



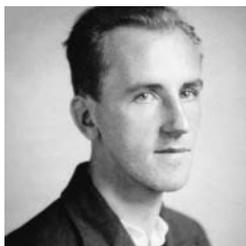
### Spezielle Filmabende Januar bis März 2005



**Montag, 10. Januar  
2005, 20.00**

«**Downtown Switzerland**». Ein Dokumentarfilm von Christian Davi, Stefan Haupt, Kaspar Kasics, Fredi M. Murer. Idee: Stefan Haupt.

Eine spontane Spurensuche der vier Zürcher Regisseure als Schweizer Umschlagplatz von Geld und Geist, friedlicher Koexistenz von Lebensentwürfen, Verbindungen oder auch wo etwas mit aller Härte aufeinanderprallen kann. Ob das im Kleinformat auch auf Zug zutrifft?



**Samstag, 22. Januar  
2005, 16.30**

Eine Spezialvorführung des «Historischen Vereins der Fünf Orte», (Mitarbeit FLIZ).

«**Vollenweider**», ein Doku-Kriminalfilm von Theo Stich. Der dreifache Mörder Hans Vollenweider, nach dem Fall Irninger in Zug der letzte zivilrechtlich zum Tode Verurteilte in Sarnen, der am 18. Oktober 1940 mit der Guillotine hingerichtet wird. Er hat auch mit Zug zu tun. Der Gerichtspräsident von Sarnen, Dr. Guido Cotter, hat seine Recherchen im Zuge der Filmrecherchen im Zuge der Filmrecherchen im Zuge der Filmrecherchen schriftlich zusammengefasst.



**Montag, 7. Februar  
2005, 20.00**

«**Konfrontation**» von Rolf Lyssy (1975) im Rahmen der Ausstellung «L'Histoire est moi» im Museum in der Burg, Zug.

Erzählt wird von David Franckurter, der am 4. Februar 1936 Wilhelm Gustloff, den Leiter der «Landesgruppe Schweiz der NSDAP» in Davos erschießt und sich anschliessend der Polizei stellt. Unter Druck wird er zu 18 Jahren Zuchthaus und lebenslänglichem Landesverweis verurteilt. Nach Kriegsende 1945 begnadigt, wandert er nach Israel aus. 1969 wird der Landesverweis aufgehoben.



**Montag, 14. März  
2005, 20.00**

Kurzfilme von Jochen Kuhn. «**Neulich 1-5**», «**Die Beichte**», «**Silvester**».

Das Besondere an Jochen Kuhns Kurzfilmen: Sie sind gemalt und werden laufend umgemalt! Text, Malerei, Kamera, Musik, Sprecher, Produktion: Jochen Kuhn – alles in Personalunion. Die Texte sind ironisch, die Bilder surreal, es gäbe keinen besseren Sprecher; die Filme preisgekrönt und Gesamtkunstwerke. Jochen Kuhn ist Professor an der Filmakademie Ludwigsburg, Leiter für Filmgestaltung.

Die Regisseure aller Filme sind an den jeweiligen Abenden anwesend!

## Buch

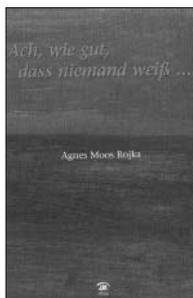


### Aus-Lese

#### Georgette Schmid, Mediathekarin kbz

Es liegt wohl an der kalten Jahreszeit, dass ich mich vornehmlich Büchern zuwandte, in denen das Schicksal den Menschen übel mitgespielt hat.

Die Autobiografie **«Ach, wie gut, dass niemand weiss...»** der in Wien lebenden Autorin **Agnes Moos Rojka** (Editi-



on Weinviertel) erinnert irgendwie an die traurige Geschichte vom Meretlein in Gottfried Kellers «Grünem Heinrich», und man ist fassungslos darüber, dass sich ein noch grausameres Geschehen in unserer Zeit ereignet hat. Ein liebezendes und hochbegabtes Mädchen wird im Alter von fünf Jahren Opfer eines unsäglichen Verbrechens, begangen und vertuscht von sektenmässig organisierten Patrioten einer mittelgrossen Gemeinde im Raum Winterthur. Die Urheber der Schandtat lassen auch später keine Gelegenheit aus, um das Opfer und seine Familie gesellschaftlich und behördlich zu schikanieren, zu demütigen oder gar tödlich zu bedrohen. Bei der 5-jährigen Helen löscht der Schock

über das Erlebte die Erinnerung an ihre Kindheit aus. Als heranwachsende Frau tastet sie sich an das furchtbare Ereignis heran, aber erst im reifen Alter lernt sie mit therapeutischer Hilfe die Angstschübe aus dem Unterbewussten deuten und überwinden.

Die Ausbeutungspraktiken, wie sie in Agnes Moos' Buch auch Helen und ihr Bruder als Verdingkinder erdulden mussten, dokumentieren **Lotty Wohlwend und Arthur Honegger** (Huber) in **«Gestohlene Seelen»**. Bis weit



ins 20. Jh. hinein wurden in der Schweiz Kinder als Ware «gehandelt», d.h. entsprechend ihrem Nutzen als Arbeitskraft, ohne Recht auf Würde und Geborgenheit, oft überfordert, gedemütigt und misshandelt. Anhand von 13 sorgfältig recherchierten Biografien beleuchtet das Autorenteam viele Facetten dieser Art von Sklaverei. Verbreitete Armut bildete die Hauptursache für das Abschieben von Kindern, meist gepaart mit erbarmungsloser Behördenwillkür und kollektivem Schweigen ganzer Dorfgemeinschaften.

Der Kinderhandel blühte auch im 19. Jh. mit Kindern

aus dem Vorarlberg und Bündnerland, die als wandernde Verdingkinder in Süddeutschland unterwegs waren. Sie bilden den thematischen Hintergrund der packend erzählten Geschichte **«Die Schwabenkinder»** von **Elmar Bereuter** (Piper). Als 9-jähriger muss



sich Kaspanaze (Kaspar Ignaz) von seiner in Not geratenen Familie trennen. Zu Fuss zieht er mit Altersgenossen auf den Ravensburger Kindermarkt. Einige Kinder verschlägt es zu wohlwollenden Bauernfamilien, die meisten jedoch erwartet ein hartes Los. Kaspanaze hält es nicht aus und läuft davon. Er findet Aufnahme bei gut gesinnten Leuten, bis der Kindertross vor dem Wintereinbruch wieder heimwärts zieht.

Wer sich für den Alltag von Strassenkindern interessiert, findet in **«Marcio – ich will leben!»** von **Damaris Kofmehl** (Brunnen) eine authentische Geschichte. Marcio (Marssio ausgesprochen) entrinnt im frühen Schulalter einem mit sadistischer Pädagogik geführten Waisenhaus in der brasilianischen Stadt Curitiba. Er versucht als Strassenjunge zu überleben. Allerdings unter-



scheidet er sich von seinen LeidensgenossInnen darin, dass er es auf ehrliche Weise probiert und den Versuchsungen von Nikotin, Rauschgift und Kleinkriminalität widersteht. Das bewahrt ihn aber nicht von brutalen Erfahrungen mit einer verbrecherischen Polizei und der unerbittlichen Strassenkinderkonkurrenz. Als Einzelgänger ohne Bindung hat er es besonders schwer, doch dank seinem zähen Willen kommt er schliesslich zu einem Job und später gar zu einer handwerklichen Ausbildung. Trotzdem ist er nicht gefeit gegen Rückschläge, und mehrmals droht ihm das Strassenkindschicksal einzuholen.

Nun ist musikalische Entspannung angesagt. Mit einer **CD** des Zuger Komponisten und Musikers **Roland Dahinden: «silber»** für Klavier und Streichquartett sowie **«lichtweiss»** für Solovibrafon. Den Interpreten gelingt es überzeugend, an subtilen Tonfolgen die Klangfarben ihrer Instrumente auszuloten. *Pianistin Hildegard KleeB, Arditi Quartett, Perkussionist Bernd Thurner, mode records. CD erhältlich bei Gion's Musiglade in Zug.*



Am 10. Dezember erschien in der «Neuen Zuger Zeitung» ein gross aufgemachter und reich bebildeter Artikel über den Besuch einer Kanti-Klasse im Bundeshaus. Darin wird geschildert, wie die beiden Nationalräte **Geri Pfister und Marcel Scherer** sich mit der Klasse unterhalten. Vom dritten Zuger Nationalrat erfährt man bloss, dass er auch im Saal ist. Die Frontal-Redaktion wollte von **Jo Lang** wissen, ob er etwa gegenüber den Besucherinnen und Besuchern aus Zug gefremdet habe. Nein, vom Besuch aus Zug habe er erst aus der Zeitung erfahren. In der Regel wissen alle drei Nationalräte von schulischen Besuchern aus dem Kanton.

Aber vielleicht war es der **Kanti-lehrer Klaus Rüdiger**, der gefremdet hat. Geschichtslehrer Rüdiger ist ein führendes Mitglied der rechtslastigen Psychosekte VPM. Diese hat sich zwar aufgelöst, aber die VPM-Seilschaft gibt es noch immer, so mit der SVP. Der in Wil lebende Rüdiger amtiert als «Generalsekretär» und «wissenschaftlicher Mitarbeiter» der SVP St. Gallen. Toni Brunner stellte ihn als «Chefredaktor» des SVP-Organs «Impuls» vor.

Und so findet folgende Aussage aus der «NeuenZZ» ihre natürliche Erklärung: «Und Marcel Scherer. Der kommt übrigens persönlich vorbei, auf die Tribüne, mit Parteikollege Toni Brunner.» Die Autorin, die wohl über Rüdigers Hintergründe und Beziehungen nichts wusste, setzte darüber den Titel: «Spontaner Marcel Scherer». <sup>1</sup>



**Lang lebe der ruhmreiche Ständerat!**

**Viktor Giacobbo**  
(erschieden im Tages-Anzeiger, 17.12.2004)

*Verdiente Mitglieder des Ständerates, hochgeschätzte Nationalräte, liebes Budget! Als von der Eidgenossenschaft in generöser Weise unterstützter Kolumnenkulturschaffender (jährlich 1 reich ausgestattete Neujahrskarte von der Pro Helvetia!) möchte ich dem in Bern tagenden nationalen Steuerkongress für seine weise, voraussichtliche und stets dem gesunden Volksganzen dienende Entscheidung ergebenst und von Herzen danken!*

*Die in gewissenhafter Weitsicht sowohl Haushalt als auch Würde des Menschen vereinende Budgetkürzung zulasten der pervertierten Pro Helvetia erfüllt mich mit grossem Staatsvertrauen, und in allen Teilen der erfreuten Bevölkerung herrscht grosser Jubel. Kämpferisch wurden der Fäkalkultur eine Abfuhr erteilt und die liberalen Sodomiten demaskiert. Mögen die Steuerzahler unseres Landes in den nächsten Tagen zum Zeichen des kulturpolitischen Aufbruchs ein Geranium im Knopfloch tragen.*

*Volksfeindliche Kräfte versuchten vor dem Kürzungsentscheid noch in revisionistischer Weise, den histo-*

*risch-materialistischen Strafzettel zu verhindern, indem sie vorschlugen, nur um 180'000 Franken (Geldwert der Hirschhorn-Ausstellung) zu reduzieren. Noch verblendet, wie ich in der Vergangenheit war, wollte ich in dieser Kolumne aufschweizschädigende Weise und mit bourgeoiser Ironie insinuierten, nur um Fr. 7.35 (Geldwert der künstlerischen Kompetenz im Ständerat) zu kürzen.*

*Weil mich aber die bahnbrechende Weichenstellung des Parlaments auf den richtigen Weg gebracht hat, möchte ich an dieser Stelle Selbstkritik üben. Auch ich habe in fehlgeleiteter Weise mit Schminke, Perücke und falschen Glatzen führende Exponenten des Staates diffamiert, in Kolumnen einen Flaacher Staatsmann ange-schlüert und dissidente Natursektpapeteristen verherrlicht. Besonders dankbar bin ich nun dem neu geschaffenen Kulturkommissariat Zürich Nord, dessen kompetenter Vertreter, Nationalrat und Hühnerzüchter Elmar Bigger, mich gestern auf-gesucht hat, um mich zur Umkehr zu bewegen. Er hat mich überzeugt, öffentlich zu bereuen und die Namen meiner verantwortlichen Hinter-männer zu nennen: Leider bin ich unter den schädlichen Einfluss so genannter «Künstlerkollegen» vom Schlage eines elitären Patrick Frey oder eines liberalen Staatsschmarotzers wie Lorenz Keiser geraten*

*und habe mich mehrmals an der Präsenz Schweiz vergan-gen.*

*Das heroische neue Pro-Helvetia-Triumvirat Bo Katzmann, Chris von Rohr und Michel Jordi wird die Bieri-Maximen und die historischen Beschlüsse der ruhmreichen Wintersession kompromisslos in die Tat umsetzen, nach Wahrheit und Menschenwürde streben, und anstelle des linken Jet-Set-Kabarettisten Franz Hohler den unsubventionierten Staatspornografen Oskar Freysinger auf Lesereise zwischen Rio de Janeiro und Tokio schicken. Dem Centre Culturel wird das Kartonkontingent gestrichen, und die frei werdenden Mittel gehen ans Historische Bettflaschenmuseum von Christoph Mörgeli.*

*Ich selber werde die Scharte des Klebstreifen-Messias Hirschhorn wieder auswetzen, und zwar sofort. Es herrscht dringender Bedarf nach ausgleichender Menschenwürde. Ich werde jetzt die Toilette aufsuchen, sechs Bundesratsbilder mitnehmen und der Steuergerechtigkeit ihren Lauf lassen. <sup>2</sup>*

## Veranstaltungen



### Veranstaltungskalender

**DO, 6. Januar: Monatsbar**  
18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

**MO, 10. Januar: Männer im Spagat**

20.00, Burgbachsaa, Zug. Talkrunde: ZerreiSSprobe zwischen Familie und Beruf.

Weitere Impulsveranstaltungen vom 11.-13. Januar in der Altstadthalle Zug.

Ein Projekt der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zug.

Infos unter: [www.gleichstellung-zg.ch](http://www.gleichstellung-zg.ch)

**MI, 12. Januar: 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005**

11.45-14.00, Lunch im Hotel Ochsen in Zug. Mit Dr. Ruth-Gaby Vermot, National- und Europarätin und Mitinitiantin des Projektes.

Anmeldung bis 8. Januar: Tel. 041-780 28 65 oder E-Mail [oris.anklin@bluewin.ch](mailto:oris.anklin@bluewin.ch)

**SA, 22. Januar: Workshop der Alternativen des Kantons Zug**

08.00-17.30, Rudolf-Steiner-Schule, Baar. Anschliessend. Apéro und Znacht!

Definition gemeinsamer inhaltlicher Ziele. Lustvolle Politarbeit und sinnliche Gaudiumfreuden!

**SA, 22. Januar: Das Andere Davos**

Ab 14.00, Bern: Demonstration gegen das World

Economic Forum  
Ab 18.00, Kulturzentrum «Progr», Waisenhausplatz, Bern: Deglobalisierung oder Globalisierung von unten? Strategien gegen den weltweiten Kapitalismus.

Ab 22.00: kulturelles Rahmenprogramm.  
Infos unter: [www.otherdavos.net](http://www.otherdavos.net)

**SA, 29. Januar: Stamm KRIFO Alternative Cham**

08.00-10.00, Cafe Neudorf.

**DO, 3. Februar: Monatsbar**

18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb

**DI, 22. Februar: Öffentlicher Höck Freie WählerInnen Menzingen**

20.15, Restaurant Adler, Menzingen.

**SA, 26. Februar: Stamm KRIFO Alternative Cham**

08.00-10.00, Cafe Neudorf.

**DO, 3. März: Monatsbar**

18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

**FR, 18. März: GV und Disco des Vereins Das BULLETIN**

19.30 GV, 20.30 Disco mit DJ Antony, Siehbachsaa, Chamerstrasse, Zug.

## Adressen



### Die Alternativen im Kanton Zug

**Forum Oberägeri**

Andreas Kuhn  
Lutisbachweg 9  
6315 Oberägeri  
[www.forum-oberaegeri.ch](http://www.forum-oberaegeri.ch)  
[andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch](mailto:andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch)

**Freie Wähler Menzingen**

Postfach 112  
6313 Menzingen  
[www.maenzige.ch](http://www.maenzige.ch)  
[m.aepfli@gmx.ch](mailto:m.aepfli@gmx.ch)

**Frische Brise Alternative Steinhausen**

Postfach 123  
6312 Steinhausen  
[www.frischebrise.ch](http://www.frischebrise.ch)  
[rosemarie.faehtndrich@datazug.ch](mailto:rosemarie.faehtndrich@datazug.ch)

**Gleis 3 Risch-Rotkreuz**

Hanni Schriber  
Unt. Haldenweg 5  
6343 Rotkreuz  
[www.gleis3.ch](http://www.gleis3.ch)  
[hannischriber@gmx.ch](mailto:hannischriber@gmx.ch)

**KRIFO Alternative Cham**

Charles Meyer  
Schmidstrasse 4  
6330 Cham  
[www.krifo.ch](http://www.krifo.ch)  
[charles.meyer@bluewin.ch](mailto:charles.meyer@bluewin.ch)

**Sozialistisch Grüne Alternative**

Postfach 4805  
6304 Zug  
[www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)  
[info@sga-zug.ch](mailto:info@sga-zug.ch)

## Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 4, Dezember 2004, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: [bulletin@ch.inter.net](mailto:bulletin@ch.inter.net)

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Michel Mortier, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber,

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1300 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1054 Ex.

Abonnements: Fr. 20.- KleinverdienerInnen Fr. 10.-

Unterstützungsabo: Fr. 50.- Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 1/2005: Freitag 18. März 2005, Erscheinungsdatum: Freitag 1. April 2005

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.sga-zug.ch/bulletin](http://www.sga-zug.ch/bulletin)

